

Annoncen-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Knapik (C. G. Ulrich & Co.)
Breitestr. 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Streifand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Haasenstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreihundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Knapik & Co.;
in Berlin:
A. Klemmeyer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Bach & Co.;
in Breslau: R. Zinke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Danne & Co.

Nr. 70.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntagsblätter erscheinende Blatt beträgt vier
Thaler für die Stadt Posen 1 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Gr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 24. März

Inserate 14 Gr. die fünfgehaltene Zeile oder
deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 23. März. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem bisherigen Kommandanten von Kosel, Obersten a. D. Rohde, den Rgl. Kronen-Orden 3. Kl. sowie dem Intendantur-Sekretär a. D., Rechnungs-Rath Pletsch zu Posen, dem Wundarzt Zahn zu Steinau, Rr. Neustadt D. S., und dem pensionirten Ober-Wachmeister und Rechnungsführer der 11. Gendarmen-Brigade, Richardt, den Rgl. Kronen-Orden 4. Kl.; ferner dem Kammergerichts-Rath Schnitzger hier selbst bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Geh. Justiz-Rath zu verleihen; dem bei dem Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten als Hilfsarbeiter beschäftigten Professor Dr. Hubler den Charakter als Konfistorial-Rath beizulegen; den Kreisgerichts-Direktor Korisch zu Meidenburg in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Bartenstein zu versetzen; und dem Hofstaats-Sekretär Sr. H. des Herzogs Wilhelm zu Mecklenburg-Schwerin, Sekonde-Lieutenant a. D. Gerlach den Charakter als Hofrath zu verleihen.

Der Professor an der Polytechnischen Schule zu Riga, Lewicki, ist zum ordentlichen Lehrer an der Polytechnischen Schule in Aachen ernannt.
Der Privat-Dozent Dr. Hübnert in Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Es scheint nicht, daß, wie von einigen Seiten mitgetheilt worden, an Reuß von Seiten der Bundesregierung lediglich eine Anfrage ergangen ist, ob es sich mit der angeblich kürzlich erfolgten Konfessionsurtheilung einer Bank so verhalte, wie von dem Abg. Dr. Becker in der Reichstags-Sitzung vom 19. d. angegeben worden, sondern es soll, wie von Personen, die dem Bundeskanzleramt nahe stehen, versichert wird, eine Note ergangen sein, welche eine Aufforderung zur Rückgängigmachung der betreffenden Maßregel enthält. Eventuell scheint nicht daran gezweifelt werden zu dürfen, daß die Regierung dem Vorschlag des Abg. Miquel, dem Gesetz rückwirkende Kraft zu verleihen, keinen Widerstand entgegenzusetzen wird. Man wird schon um dieser Eventualität halber, die ungewissheit trotz der gerechtfertigten Veranlassung eine gewisse Gehässigkeit anhaftet, den Wunsch hegen müssen, daß die Regierung von Reuß den Stein des Anstoßes baldmöglichst aus dem Wege zu räumen sich anheischig mache. Für sie wird durch ein Beharren ohnehin doch nichts erreicht, als eine Verschlimmerung der fatalen Lage, in die sie sich unbedachtamer Weise begeben. — Die Nachricht von einer bevorstehenden Einigung der Eisenbahntheilung des Handelsministeriums in das Bundeskanzleramt wird ebenfalls von unterrichteter Seite als unrichtig bezeichnet. Eher dürfte noch die eingeschränkte Auffassung, welche die „N. Z.“ der bezüglichen Nachricht gab, daß nämlich eine Trennung der Eisenbahn-Verwaltung von der Oberaufsichtsstanz über das Eisenbahnwesen einschließlich des Konfessionswesens ins Auge gefaßt sei, der Wahrheit näher kommen. Wenigstens entspricht dies bekanntlich früher gemachten Anregungen, und der Punkt soll auch neuerdings zur Sprache gekommen sein. Daß indessen, wie von einigen Seiten behauptet wird, die kürzlich aufgetauchten Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Handelsministers damit in Verbindung stehen, möchten wir doch bezweifeln. — Heute endigten im Reichstag endlich die langwierigen Debatten über den „Haß- und Verachtungsparagraphen“ des Strafgesetzbuchs. Auch bei dieser Gelegenheit siegte die Plandische Vermittelung über den radikaleren Antrag auf Streichung und in etwas amendirter Form wird also diese hier jedes Strafgesetzbuchs auch dem Gesetz des Nordd. Bundes verbleiben. Daß trotz dieser zahmen Beschlüsse die heutige „Prov. Kor.“ dem Entwurf, der durch die „Parteilosigkeit“ zu Falle gebracht werde, schlechte Aussichten eröffnet, ist charakteristisch genug. — Etwas spät wird die Nachricht, daß die außerordentliche Session des Landtags bereits aufgegeben sei, die ich Ihnen schon am 3. März zugehen ließ, jetzt grade von der Seite bestätigt, die sie zuerst als unbegründet bezeichnete. Es ist indessen anzunehmen, daß definitive Beschlüsse in der bezeichneten Richtung gleichwohl noch nicht gefaßt sind. Auch der heutige Artikel der „Kreuztg.“ deutet darauf hin, daß die Sache noch nicht ganz fest entschieden ist. — Im Stroußbergischen Palais findet heute als Nachklang der silbernen Hochzeit eines jener Ballfeste statt, die mit den Hoffesten rivalisiren. Da Dr. Stroußberg allmählich eine internationale Größe geworden ist, so mag dieses Faktum hier wohl Erwähnung finden, zumal der besondere Umstand hinzukommt, daß, wie es heißt, zum ersten Mal der hohe Adel des Landes und gewisse Spitzen der Gesellschaft, die sich bisher noch mehr zurückgehalten haben, die prachtvollen Räume des Millionärs mit ihrer Gegenwart beehren werden. Nach dem Besuch, den Prinz Karl und Gemahlin kürzlich in der Stroußbergischen Wohnung abgestattet haben, konnte dies nicht anders erwartet werden. Es heißt übrigens, daß 4 unserer Finanzgrößen, die Banquiers Bleichröder, Plauth, Abel und Dr. Stroußberg dem König für Verleihung des Adels in Vorschlag gebracht sein sollen.

Berlin, 23. März. [Königs-Geburtstag. Unterstützungswohnitz. Deputation rheinischer Handelsgerichte. Literar-Konvention mit Frankreich.] Nachträglich erfahren wir noch zur gestrigen Geburtstagsfeier des Königs, daß das gesamte diplomatische Korps zu einem Diner beim Grafen Bismarck vereinigt war. Der f. französische Botschafter Graf Benedetti brachte das Hoch auf den König aus und Graf Bismarck beantwortete dasselbe mit einem Hoch auf sämtliche Souveräne, welche am diesseitigen Hof vertreten sind. Der Präsident des Bundeskanzleramtes, Staatsminister Delbrück, hatte die Mitglieder des Bundesrathes, soweit dieselben eben nicht den diplomatischen

Korps angehören, zu einem Festmahle eingeladen. Das Festdiner des Reichstags war von 100 Mitgliedern besucht, welche der Rechten und den Nationalliberalen angehörten. Die Fortschrittspartei und die partikularistische Fraktion war nicht vertreten, doch war der Abg. Windthorst (Meppen) anwesend. Der Präsident Dr. Simson, welcher wegen eines Trauerfalles sich nach der gestrigen Gratulationscur im f. Palais bis zum Sonnabend früh beurlaubt hat, fehlte bei diesem Feste. Den Toast auf den König, den einzigen bei diesem Festmahle, brachte daher der Vizepräsident, Herzog von Ujest, aus. Eine Anzahl von Mitgliedern des Domchors sang während der Tafel patriotische Lieder; als die Reihe an das Arndtsche Lied „Was ist des Deutschen Vaterland“ kam, erhoben sich bei dem letzten Verse: „das ganze Deutschland soll es sein“ sämtliche Anwesende von ihren Plätzen. Es herrschte dann überhaupt bei dem Feste eine sehr gehobene Stimmung. — In der Kommission, welche über den Unterstützungswohnitz beräth, kam heute folgender wichtige Antrag des Korreferenten Dr. Stephan zur Annahme: „Im § 30 der Vorlage einzufügen: gegen die Entscheidung der durch die Landesgesetze bestimmten höchsten Instanz findet die Berufung an den Ausschuss des Bundesraths für das Heimathswesen nach Maßgabe weiterer Bestimmungen statt.“ Dieser Antrag, welcher auf Einsetzung eines obersten Bundesverwaltungs-Gerichtshofes zur Entscheidung der interterritorialen Heimathsangelegenheiten hinausläuft, wurde, namentlich von dem sächsischen Bundesrathsmitgliede lebhaft bekämpft, aber schließlich mit 11 gegen 5 Stimmen im Prinzip angenommen und die Detailbestimmungen weiterer Beschlussfassung vorbehalten. — So eben ist hier eine Deputation der sämtlichen rheinischen Handelsgerichte, mit Ausnahme desjenigen von Köln, hier eingetroffen, um über die Organisation der Handelsgerichte bei den zu bestehenden Ministern vorstellig zu werden und namentlich die Bedenken darzulegen, welche die Bestimmungen der Zivilprozessordnung nach dieser Richtung hin hervorgerufen haben. Die Deputation bezieht sich auf die Beschlüsse, welche zu der von Vertretern sämtlicher im Bezirke des rheinischen Appellationsgerichtes bestehenden Handelsgerichte veranstalteten Versammlung zu Köln am 12. Dezember v. J. gefaßt worden sind, und worüber sie eine gedruckte Denkschrift überreichen. — In Bezug auf die gestern erwähnte Literar-Konvention zwischen dem Nordd. Bunde und Frankreich haben Preußen und Sachsen bei dem Bundesrathe einen förmlichen Antrag eingebracht. Mit Rücksicht auf die Belästigungen, welche die nach den Konventionen Preußens und Sachsens erforderliche Eintragung der in dem andern Lande erschienenen Werke für die Beteiligten und für die Behörden zur Folge hat, ist von Frankreich in neuester Zeit wiederholt der Wunsch ausgesprochen worden, daß das bisherige Verfahren durch das leichtere, wie es mit anderen deutschen Staaten besteht, ersetzt werden möchte. Preußen und Sachsen sind dazu bereit und von dem Gesichtspunkte geleitet worden, daß es im Interesse des Buchhandels von unverkennbarem Werthe ist, wenn ein so wichtiges Verhältniß, wie das durch die Literar-Konvention mit Frankreich geregelte, durch einen einzigen Vertrag, der für den gesamten Bund gültig ist, geordnet werde.

— An des Königs Geburtstag anknüpfend, sagt heute die „Pr.-Korr.“, wahrscheinlich nicht ohne Bezuglichkeit auf die Vorgänge in der württembergischen Kammer:

Der Kanzler des Norddeutschen Bundes dürfte jüngst im Reichstage darauf hinweisen, daß wir in Bezug auf Gesamtdeutschland bereits ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht haben, indem unser König, als Oberhaupt des Norddeutschen Bundes, auf Grund der bestehenden Verträge zugleich in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt übe, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit 500 Jahren nicht mehr gewesen sei. Seit der Zeit der ersten 5 Hohenstaufen sei ein unbestrittener Oberbefehl im Reiche, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Reiche zu haben, und ebenso eine wirtschaftliche Einheit, wie sie jetzt bestünde, in deutschen Ländern nicht mehr vorhanden gewesen. Diese bewußtollen und den Thatsachen so getreu angepaßten Worte haben überall Wiederhall und in allen deutschen Herzen begeisterte Zustimmung gefunden. Anders das preussische Königthum aber seinen glorieuxen geschichtlichen Beruf erfüllt, bleibt es in seiner erweiterten Wirksamkeit sich selbst und seinen Ueberlieferungen getreu. Auch in die neue deutsche Stellung überträgt es den Beruf, welcher ihm vor andern Fürstenhäusern beschieden zu sein scheint, den Beruf, zu zeigen, daß die Entwicklung echter Freiheit mit einem starken kräftigen Königthum nicht nur vereinbar ist, vielmehr durch dieses erst voll auf fähig gestellt wird. Auch dem Bundesoberhaupt ist eine Stellung voll Macht und Ansehen gewährt, nicht aus Gründen persönlicher Herrschbegier, sondern in dem durch die Geschichte Preußens bekräftigten Bewußtsein, daß jene Macht zum Schutze des großen Gemeinwesens und zur Sicherheit seiner Aufgaben unerlässlich ist.

— Während des neulichen Unwohlseins des Königs und auch später trat an die Aerzte die Frage heran, ob eine Reise nach Karlsbad nicht jener nach Ems vorzuziehen sei, für welche auch die persönliche Reizung des Königs vorwiegend sprach. Infolge dessen wurde, wie die „Post“ meldet, der Karlsbader Vadearzt des Königs, Geheimrath Dr. Preuß, zu einer Konsultation nach Berlin berufen. Die Diagnose dieses Arztes, der das Vertrauen des Königs besitzt, lautete sehr günstig. Der früher chronische Charakter eines örtlichen Leidens ist durch den Gebrauch der Karlsbader Kur vor 1866 vollständig gehoben worden, und es ist für den allgemeinen Gesundheitszustand vollständig genügend, wenn der König sich wieder nach Ems bezieht. Hr. Dr. Preuß hat sich am 21. d. M. wieder nach Karlsbad begeben.

Kiel, 23. März. Laut eingegangener telegraphischer Nachricht ist Sr. Maj. Schiff „Gerta“ am 12. Februar c. in Singapore und Sr. Maj. Schiff „Elisabeth“ am 22. d. Mts. in Plymouth angekommen.

Stuttgart, 23. März. (Tel.) In der Abgeordneten-Kammer beantwortete heute Minister v. Arnhäuser die Interpellation des Abg. Schott, betreffend den casus foederis in den Allianzverträgen (d. h. die Frage, ob beim etwaigen Ausbruch des Krieges jeder der verbündeten Staaten vor Leistung der Heeresfolge den Fall zu prüfen habe, ob genügender Grund zur Kriegführung vorhanden sei). Die Erklärung lautet:

Am 14. April 1867 las mir der preussische Gesandte eine vertrauliche Botschaft vor, welche auch an Karlsruhe, München und mehrere norddeutsche Höfe gerichtet war. Diese Depesche fragte, ob Württemberg, entschlossen sei, die Verantwortlichkeit für die Folgen, welche der Schutz der Unabhängigkeit Luxemburgs direkt oder indirekt haben könnte, mit Preußen zu theilen; ob es also entweder in Uebereinstimmung mit dem Nationalgefühl die Gefahren, welche aus der Verweigerung der von Frankreich geforderten Konfession entstehen könnten, übernehmen, oder ob es im Hinblick auf die Kalamität eines Krieges der Erhaltung des Friedens Opfer bringen wolle, welche die öffentliche Meinung in Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke verurtheile; endlich wie weit die württembergische Regierung vorbereitet sei, den hereinbrechenden Gefahren zu begegnen, und ob sie, falls sie Anstand nehmen sollte, mit Preußen zu gehen, bereit sei, diese Ablehnung vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Hierauf erwiderte ich am 20. April Folgendes: Die württembergische Regierung wird nicht nur stets die von ihr eingegangenen Verpflichtungen mit voller Loyalität erfüllen, sondern auch, abgesehen von solchen Verpflichtungen, für die Interessen der deutschen Nation eintreten, wenn solche bedroht oder verletzt werden sollten. Die Regierung kann daher für jetzt dahingestellt sein lassen, ob ein casus foederis nach dem Vertrage vom 13. August 1866 vorliegt oder nicht. Ich hielt mich durch diese Erklärung zu meinem am 30. Oktober 1867 in diesem Saale gemachten Aussprache umso mehr berechtigt, als laut Bericht des Gesandten in Berlin die preussische Regierung ihre Befriedigung über jene Antwort ausdrücklich ausgesprochen hat. Selbstverständlich ist die von mir am 30. Oktober 1867 ausgesprochene Auffassung lediglich die Auffassung des württembergischen Ministeriums. Die preussische Regierung erklärte mir bald nach der von mir gehaltenen Rede, daß sie bei den durch die luxemburger Frage veranlaßten Erklärungen den casus foederis einer Prüfung nicht unterliege, sondern in bundesfreundlicher Weise die Bundesgenossen darauf vorbereiten wolle, daß der casus foederis binnen Kurzem eintreten könne. Gegenüber den Mißdeutungen, welche meine Worte vielfach gefunden haben, gegenüber namentlich den ungeheuer hervortretenden Umrissen gegen den Rechtsbestand eines von der Staatsregierung abgeschlossenen, von den Ständen genehmigten Staatsvertrages spreche ich es aus, daß, so lange ich auf diesem Platze stehe, ich an diesem Vertrage nicht werde rütteln lassen, und nicht zustimmen werde, daß Württemberg sich der loyalen Erfüllung seiner Verbindlichkeiten entziehe, mit den übrigen deutschen Heeren einzutreten, wenn es sich um die Verteidigung deutschen Gebietes handelt.

Abg. Schott entgegnete, er sehe aus der Erklärung des Ministers, daß Preußen den casus foederis niemals zugeben habe. — Die Entscheidung über die Ministerkrise dürfte vor Beendigung der in den nächsten Tagen stattfindenden Debatte über den Schottischen Antrag, betreffend die Verringerung der Militärlasten, kaum zu erwarten sein. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß allerdings einzelne Minister zu dem Abtritte einer halben Million vom Kriegsbudget geneigt, daß aber alle Minister darin einig sind, Änderungen an der Heeresverfassung nicht zu gestatten. Wird der Antrag Schott angenommen, so hält man eine Auflösung der Kammer für wahrscheinlich.

Deisterich.

Wien, 21. März. Bei den gegenwärtig stattfindenden Gemeinderathswahlen sind die Klerikalen sowohl in der inneren Stadt als in den Vorstadtbezirken zum ersten Male als kompakte Partei und mit Aufstellung eigener Kandidaten aufgetreten, haben jedoch bisher keinen derselben durchzubringen vermocht, obwohl die Befestigung ihrer Gegenpartei an den Wahlen durchschnittlich eine sehr geringe war.

Wien, 23. März. (Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Budgetdebatte fort. Bei der Berathung des Etats des Landesverteidigungsministeriums beantragte Mayerhofer eine Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wird, auf ausgiebige Ersparungen im Militärbudget und auf eine allgemeine europäische Entwaffnung hinzuwirken. Der Antrag wurde mit 64 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Wien, 23. März. (Tel.) Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Finanzminister Lonyay in Folge der im Unterhause jüngst von Deak gegen ihn gerichteten Angriffe gänzlich aus dem Staatsdienste zu treten. Deak, welcher die Leitung der Majorität des Unterhauses wieder übernommen hat, wünscht den Austritt Mikos und Lonyays zu benützen, um ein Koalitionsministerium zu Stande zu bringen, in welchem auch die Linke vertreten ist. — Die der Deakpartei angehörigen Mitglieder des Oberhauses haben beschlossen, der Regierung ein Memorandum zu unterbreiten, welches bezüglich der Reform des Oberhauses die nachfolgenden Hauptpunkte enthält: Den Sitz an der Magentafel erhalten nur diejenigen, welche 3000 Gulden Steuern zahlen. Die Obergepense erhalten keinen Sitz. Die Krone ernannt ein Drittel der Mitglieder.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 20. März. Die russische Gesandtschaft hat darüber Beschwerde geführt, daß die waadtlandischen Behörden von der gesamten beweglichen Verlassenschaft eines in Lausanne domiciliert gewesen und dort verstorbenen Russen, ohne Rücksicht darauf, wo die Vermögensgegenstände seien, die Erbschaftsteuer zu erheben beabsichtigen, welches Verfahren als ein unbilliges bezeichnet werden müsse. Seitens der Regierung von Waadt ist die Beschwerde jedoch als unbegründet zurückgewiesen worden, da die Steuerforderung durchaus auf dem dortigen Steuergebot beruhe und der Ausländer nicht günstiger behandelt werden dürfe, als der Landesangehörige, wo solches nicht durch Staatsverträge bedingt sei. Der Bundesrath hat diese Auffassung der Frage als richtig anerkannt und der Gesandtschaft erklärt, in Abgang eines Staatsvertrages zwischen der Schweiz und Waadt könne er die Regierung von Waadt nicht hindern, ihre Gehe in Anwendung zu bringen, da in dieser Materie das Recht der innern Gesetzgebung den Kantonen zustehe.

Bern, 23. März. (Tel.) Die Direktionen der Nordost- und der Zentralbahn erklärten sich bereit, die in den Verträgen mit Italien und dem Norddeutschen Bunde bezüglich der Gott- hardtbahn stipulirten Vertragsbestimmungen zu übernehmen.

Frankreich.

Paris, 23. März. Das Schreiben, welches der Kaiser an Ollivier in Sachen der Senatsreform gerichtet, lautet wörtlich: „Herr Minister! Ich glaube, daß es unter den gegenwärtigen Umständen am besten ist, alle die Reformen zu adoptiren, welche die konstitutionelle Regierung des Kaiserthums fordert, um dem ungemäßigten Verlangen nach Änderungen ein Ziel zu setzen, welches sich gewisser Gemüther bemächtigt hat und die öffentliche Meinung beunruhigt, indem es einen Zustand der Unsicherheit schafft. Unter diesen Reformen stelle ich in erste Linie diejenigen, welche die Konstitution und die Prärogativen des Senats betreffen. Die Konstitution von 1852 mußte vor allem der Regierung die Mittel verleihen die Autorität und die Ordnung wieder herzustellen, aber es war nöthig, daß sie verbesserungsfähig bleibe, so lange der Zustand des Landes nicht erlaubte, die öffentlichen Freiheiten auf soliden Grundlagen festzustellen. Heute, nachdem eine Folge von Umgestaltungen die Herstellung einer konstitutionellen Regierung herbeigeführt hat, in Harmonie mit den Grundlagen des Regimes, ist es nöthig, alles das was in spezieller Weise in die Legislative gehört, auf das Gebiet des Gesetzes zurückzuführen, den jüngsten Reformen einen definitiven Charakter zu verleihen, die Konstitution über alle Kontroversen hinauszuführen und den Senat, diese große Körperschaft, die so viele Einflüsse besitzt, anzuerkennen, seine wirksamere Mitwirkung dem neuen Regime zuzuwenden. Ich bitte Sie daher, sich mit Ihren Kollegen in Einvernehmen zu setzen, um mit einem Entwurf zu einem Senatsbeschlusse vorzulegen, welcher die aus der Volksabstimmung von 1852 erfließenden Fundamentalbestimmungen unabänderlich feststellt, die gesetzgebende Gewalt zwischen den beiden Kammern theilt und der Nation den Theil der konstituierenden Gewalt zurückgibt, den sie mir übertragen hatte. Seien Sie, mein Herr Minister, meiner Hochachtung versichert.“

„Napoleon.“

Paris, 22. März. (Tel.) Die meisten Abendblätter besprechen den Brief des Kaisers an Ollivier beifällig. „Journal des Debats“ sagt, der Brief des Kaisers zerstreue die letzten Zweifel an der Möglichkeit eines parlamentarischen Kaiserreichs. — Im gesetzgebenden Körper präsidirte Buffon-Billault. Graf Daru erwiderte auf eine Anfrage Tubinals, daß die Regierung nichts verabsäumen wird, um die Interessen der Gläubiger der tunesischen Regierung zu schützen. Kératry begründet darauf den Antrag auf Umgestaltung des Rekrutierungssystems. — Der Arbeiterstreik in Kreuzot ist noch nicht beendet. Eine Truppen-Abtheilung wurde nach Kreuzot beordert.

Kreuzot, 23. März. (Tel.) Vorgestern verließen die Arbeiter zweier der vorzüglichsten Gruben die Arbeit und nahmen dieselben heute nicht wieder auf. Man hält dies für das Resultat der Aufregungen fremder Aufwiegler. — Gestern versuchten eine Anzahl Bergarbeiter die Arbeiten in den Bau- und Schmiedewerkstätten zu hindern. Der Versuch wurde zurückgewiesen.

Spanien.

Madrid. Es bestätigt sich, daß die Regierung in der bedeutsamen Entscheidung über Figuerolas Finanzlage nur mit sieben Stimmen gesiegt hat. Wie wir vermutheten, hatten die Unionisten die Republikaner und Absolutisten auf ihre Seite zu bringen gewußt, welche gern ihre Hand dazu boten, der Regierung eine Schlappe beizubringen. Diese Hilfstruppen, obgleich selbst mit besiegter, ernten die Früchte des Kampfes indem ihnen nichts lieber sein kann, als dieser offenkundige Bruch zwischen den Unionisten und den Progressisten. Prim hatte seine Rede mit dem Ausrufe geschlossen: „Radikale, die Ihr mich achtet, folgt mir zur Abstimmung. Da die Unionisten uns den Kampf anbieten, so wollen wir uns verteidigen.“ Die Progressisten und Demokraten stießen beläunende Beifallsrufe aus, einige schüttelten dem Minister-Präsidenten die Hand, andere umarmten ihn, während die Unionisten bitter lachten und die Republikaner die schweigenden Zuschauer machten. Topete hat seine durch das Verlassen der Ministerbank ausgedrückte Absicht wahr gemacht; an seiner Stelle soll der Progressist, Veranger, Abgeordneter für Lugo, das Marineministerium übernehmen. Auch haben schon viele der unionistischen Partei angehörige Beamte ihre Entlassung eingereicht. Man hält sogar den Rücktritt des Regenten jetzt für um so wahrscheinlicher, als schon vor mehreren Tagen von einer solchen Möglichkeit die Rede war. An dem Abende nach jener Entscheidung in den Kortes

fand ein Festmahl statt, welches die vom Vizekönige von Egypten seiner Zeit zur Eröffnung des Suezkanals eingeladenen Politiker und Gelehrten veranstalteten. Es waren Abgeordnete aller Parteien vertreten, und es herrschte der beste Einklang. Daraus ziehen sanguinische Leute den Schluß, daß sich die Versöhnung der zerfallenen Parteien leicht wieder herstellen lasse, während es doch nichts mehr beweist, als daß politische Gegner auf neutralem Boden in anständiger Weise mit einander zu verkehren wissen.

Madrid, 23. März. (Tel.) Die Kortes nahmen das Gesetz, betreffend die Begebung der aus den Anlagen von 1868 im Portefeuille verbliebenen Schatzbons mit 129 gegen 74 Stimmen an, die Unionisten enthielten sich der Abstimmung.

Italien.

Aus Rom wird der „Köln. Ztg.“ unterm 17. März geschrieben:

Es ist noch nicht so lange, da mußte fast jede größere Zeitung den Tag anzuzeigen, wo die mit Petersburg schwelenden Differenzen wegen der künftigen Stellung der Kirche Polens zur Staatsgewalt beigelegt sein würden. Die guten Dienste eines emeritirten russischen Staatsmannes im vergangenen Herbst waren erfolglos geblieben, als plötzlich der Erzbischof Ledochowski von Gnesen und Posen die Leitung der Angelegenheit übernahm, deren glückliche Beendigung der Anerkennung des Königs Wilhelm von Preußen gewiß gewesen wäre. Hier erwartete man, der Czar werde inzwischen zu der Kurie sprechen: „Was in Polen geschehen, ich lobe es nicht, ich table es nicht, es ist aus dem Drange der Verhältnisse hervorgegangen, fortan aber soll meine Regierung Werke des Friedens bauen.“ Allein eine solche kaiserliche Erklärung ist ausgeblieben, wenigstens ist sie nicht in solcher peremptorischen Fassung hergekommen und da der Erzbischof Ledochowski doch allzu ultramontan ist, um einer schematischen Regierung mit jener inneren Freiheit dienen zu können, welche allein nur Seligen verheißt, so rechnet man einsteilen in Petersburg nicht mehr auf die Interzession des Erzbischofs von Gnesen und Posen. Dagegen kam im Januar dieses Jahres Prof. Dr. Richter her, sein Name steht auf dem Index, die Romantiken fürchten seine Gelehrsamkeit, wie sein Talent und seinen dormaligen Anhalt in Petersburg. Schon deshalb war er kein geeigneter Unterhändler, aber er hat sich Stimmung und Lage näher ansehen können, so daß wir, da er wieder auf dem Wege nach Petersburg ist, bald von einer Wandlung in dieser wichtigen Angelegenheit hören dürfen. Ich glaube Ihnen in der Beziehung mittheilen zu können, daß Ledochowski Mission von der russischen Regierung als beendet betrachtet wird, aber nicht um aufgegeben zu werden, sondern um ankant seiner diesen oder jenen südländischen Bischof damit zu beauftragen. Der rechte Mann soll auch bereits dafür gefunden sein. Wenn man sich in der Ueberbäumlichkeit seines Vertrauens auf den unfehlbar guten Ausgang des Konzils um die Wagnungen aus Paris wenig zu kümmern scheint, so wird Marquis de Banneville zu seiner Beruhigung doch darauf hingewiesen, daß zwischen heute und dem Tage der Publikation der Beschlüsse des vatikanischen Konzils der Stundeneiger noch oft seinen Kreislauf zurücklegen dürfte. In Paris warnt man in jeder dieser bestimmten Depesche vor übereilten Schritten.

Afrika.

Ein Schreiben aus Tunis vom 16. März meldet: „Gestern fand hier ein furchtbares Gemegel statt; gegen 2 1/2 Uhr Nachmittags stürzte plötzlich ein Wasserträger — man sagt, es sei ein Marokkaner — in die Straßen des christlichen Stadtviertels. Er hatte einen Damascener in der Faust und hieb auf Christen und Juden ein, denen er bezeugte, die Mauren allein verschonte er. Mehr als 40, andere sagen 60, Personen wurden derart mehr oder weniger schwer verwundet. Eine schöne junge Jüdin, welche europäische Tracht an hatte, wurde durch ihren Hut und ihren Chignon vor einem Säbelhieb geschützt. Man trägt hier vielfach Waffen, namentlich Revolver. Verschiedene Personen feuerten auf den Wütherich, ohne ihn zu treffen. Aber in der Nähe des Mauren-Viertels traf ihn eine Kugel am Beine. Wahrscheinlich im Glauben, die große Moschee sei den Ungläubigen versperst und ihm ein Asyl, flüchtete er in diese. Aber ein Janissar des englischen Konsulats nahm ihn dort fest und führte ihn nach der Kasbah, der alten Zitadelle. In einer Stadt wie Tunis, wo die Bevölkerung fast auf den Straßen lebt, verbreiten sich Gerüchte mit Blitzesschnelle. Die Megelei war bald allenthalben bekannt, und der kleine Börsenplatz war eben so bald von einer Menschenmenge, namentlich Sizilianern und Maltesern angefüllt. Am Platze selbst liegt das englische Konsulat. Alle Dächer und Terrassen der Häuser, so wie die Ausgänge nach den verschiedenen Straßen strotzten von Menschen. Am Ausgange zum Marinehafen rotteten sich die Mauren an; die ganze Menge verlangte strenge und schnelle

Gerechtigkeit, nur die Mauren blieben unbewegt. Unterdessen hatten sich alle fremde Konsuln beim englischen Konsul zusammengefunden, wo auch der Schwiegerjohn des ersten Ministers des Bey, der General Keireddine, eintraf. Der französische Konsul begab sich sofort zum Bey, während die übrigen die Menge zu beruhigen versuchten. Der Bey, nicht gern gestört in seiner Gemüthlichkeit, ließ den französischen Konsul durch seinen Premier-Minister Si-Moustapha-Kasnadar empfangen. Der Minister, unbeliebt bei den Landeskindern wie bei den Ausländern, wurde mit Pfeifen und Hohnschrei empfangen. Indessen brachte er den Befehl des Bey, den Schuldigen enthaupten zu lassen. General Keireddine bezag sich also mit einer Menge von Sizilianern und Maltesern nach dem Kasbahplatze, von wo aus man ihnen den Kopf des bereits hingerichteten Mörders entgegentrug. Darauf hin zerstreute sich die Menge und am Abende war Tunis so ruhig und still wie gewöhnlich. — 11. März. Heute haben sich die Konsuln zum Bey begeben und haben mit der Einladung, daß er die öffentliche Sicherheit möge überwachen lassen, ihm für die Haltung der Stadtbehörden ihren Dank ausgesprochen. Auf das Erluchen Sr. Hoheit haben sie heute ihre Landesangehörigen durch öffentliche Ansätze aufgefordert, alles zu vermeiden, was während der bevorstehenden Festlichkeiten des Bairam die warme Frömmigkeit der Muselmänner nur im geringsten verletzen könnte.“

Amerika.

Washington, 19. März. Im Senate sind die vorgeschlagenen Resolutionen, in Georgien die Pabacs-Korpus-Akte aufzuheben und die Militärbefehlshaber von Neuem einzusetzen, zur Verhandlung gekommen. Karl Schurz hielt eine Rede gegen diese Anträge, welche er als eine übermüthige und tyrannische Rechtsverletzung bezeichnete.

Norddeutscher Reichstag.

26. Plenarsitzung.

Berlin, 23. März. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, Camphausen. Der Präsident Dr. Simon ist wegen eines Todesfalles in seiner Familie abwesend; Vizepräsident Herzog v. Hefst führt deshalb den Vorsitz. Das Präsidium hat gemäß dem Beschlusse des Reichstages dem Könige zu seinem Geburtsstage die Glückwünsche des Reichstages überbracht. Se. Majestät hat dieselben huldvoll entgegengenommen und befohlen, seinen Dank dem Reichstage auszusprechen. Hr. v. Rabenau, Graf Solms-Laubach und Buff richteten an den Bundeskanzler die Anfrage, ob derselbe beabsichtige, „in dem System der in Preußen und dem größten Theil des Nordbundes bestehenden Vorkassesteuer zur Zeit eine Änderung herbeizuführen — und begehenden Falls welche?“

Bundesminister Camphausen: Die Anfrage beantworte ich mit einem einfachen Nein. Keine der verbündeten Regierungen, insbesondere auch nicht die preussische, hat eine Änderung der bestehenden Vorkassesteuer beantragt. Daß der in der vorigen Session aus der Initiative des Reichstages hervorgegangene Gesetzentwurf über die Einführung der Braumalksteuer auch in Oberhessen von dem Bundesrath verworfen sei, wie in den Motiven zur Interpellation behauptet wird, ist nicht ganz richtig; der Bundesrath hat ihm vielmehr am 23. Juli v. J. seine Zustimmung ertheilt, aber dabei empfohlen, die Wünsche der preussischen Regierung thunlichst zu berücksichtigen. Nachdem seit der vorigen Session die Leitung des preussischen Finanzministeriums in andere Hände übergegangen ist, hat es natürlich der Frage nochmals näher treten müssen, ob es sich empfehlen würde, von dem in Preußen und dem größten Theile des Bundes üblichen Besteuerungssystem zu einem andern, und zwar zu dem Kesselsteuersystem überzugehen. Das Resultat dieser Prüfung stellt sich für mich persönlich dahin, daß sich eine Änderung in dieser Beziehung in keiner Weise empfiehlt und daß der Uebelstand, an dem jetzt die Besteuerung der Bierbereitung in Preußen krankt, wohl nur darin zu finden ist, daß gewisse Surrogate sich der Besteuerung entziehen. Auch in dieser Beziehung wird die Abhilfe aber nicht durch eine besondere Besteuerung derselben, sondern nur dadurch herbeizuführen sein, daß in Uebereinstimmung mit der Verpflichtung, die die sämtlichen zum Zollverein verbündeten Regierungen durch § 3 des Vertrags von 1867 eingegangen sind, darauf Bedacht genommen wird, die Fabrikation des Stärkezuckers und des Stärkezuckers mit einer angemessenen, dem Rohzucker entsprechenden Steuer zu belegen. Ueber diese Frage schweben zur Zeit bei der preussischen Regierung Verhandlungen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß beim Zollparlament nach erlangter Zustimmung des Bundesrathes eine hierauf gerichtete Vorlage eingebracht wird. Im Uebrigen aber bin ich der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sein würde, die Materialbesteuerung durch eine Raumbesteuerung für das Bier zu ersetzen; ich würde das für einen finanziellen Rückschritt halten zu einer Zeit, wo von vielen Seiten lebhaft gewünscht wird, durch Einführung einer fakultativen Fabrikationssteuer die Möglichkeit zu gewähren, die Braumalksteuer näher an das Produkt anzuschließen.

Ein Antrag, den Gegenstand eingehend zu diskutieren, liegt zur Zeit nicht vor, die Interpellation ist mithin als erledigt zu betrachten, doch behält sich Hr. v. Rabenau einen desfallsigen Antrag für die Zukunft vor.

Hunde- oder Glennpelzen sind eine wohlthuende Staffage in der Monotonie der sibirischen Steppe.

Wladislaus und Alfred genossen diesen Anblick, aber zugleich beraubte er sie der Möglichkeit, bei einem Privatmanne des nächsten Dorfes um ein Nachtlager zu bitten, denn als sie im Dorfe ankamen, war längst die Stunde vorbei, bis zu welcher ein Sibirier noch Gastfreundschaft gewährt. Sie beschloßen daher, im Gasthause mit den Russen zusammen zu übernachten. Die Beförderung von Handelswaren in Sibirien wurde bis vor kurzer Zeit ausschließlich durch solche Schlittenkarawanen besorgt, erst in den letzten Jahren bediente man sich auch der Dampfschiffe, deren erstes von einem Lithauer, Pokiewski, gebaut wurde. Da aber Dampfschiffe nur im Sommer, und auch dann nur auf der Tour von Tiumen über Tobolsk nach Tomsk benutzt werden können, so bleiben die Schlitten das hauptsächlichste Verkehrsmittel. Die Hauptstationen sind die Städte Tiumen, Tomsk und Irkutsk; früher war die wichtigste Verkehrsstation Kjachta, das „Odesa Sibiriens“, die aber in letzter Zeit sehr zurückgekommen ist. Am lebendigsten geht es auf dieser Handelsstraße zur Zeit des Jahrmarkts in Irbit, einem Städtchen des Gouvernements Perm, zu; die irdischen Märkte gehören zu den bedeutendsten in ganz Rußland; hier begeben sich der Verkehr des westlichen mit dem östlichen Theil des Zarenreichs.

Der Kaufmann, welcher seine Waaren befördern will, kontrahirt mit dem Jzwoscezyk, der gewöhnlich ein wohlhabender Dorfbesitzer ist, und bezahlt ihn vom Pud (40 Pfd.) Dieser miethet seinerseits andere Frachter und bringt so die Karawane zusammen; mehr als 25 Pud (10 Ztr.) ladet keiner auf; auch für den Werth der Waare übernehmen sie keine Garantie; dagegen müssen sie gegen Vermeidung einer bedingenen Konventionalstrafe zur bestimmten Zeit am Orte der Ablieferung eintreffen. Bei diesen Verträgen leidet häufiger der Jzwoscezyk als der Kaufmann Schaden. Der Letztere pflegt manchmal zu seiner Sicherheit dem Zuge noch einen von seinen Leuten, den Prifascezyk,

Bilder aus Sibirien.

V. Sibirische Kutscher.

Es kann einem in Sibirien Reisenden sehr oft begegnen, daß er, nachdem er auf seinem Schlitten den ganzen Tag durch die schneebedeckte Steppe dahingeflogen, plötzlich durch einen langen Wagenzug aufgehalten wird, den er weder rechts noch links umgehen kann. Eine solche Begegnung ist darum so peinlich, weil sie die rechtzeitige Ankunft auf den Stationen verhindert. Man kann nichts Anderes thun, als ruhig hinter der sich langsam vorwärtswindenden Karawane herfahren und muß darauf gefaßt sein, die Nacht auf freiem Felde zuzubringen. Unsere beiden Flüchtlinge waren eines Tages, als schon die Dämmerung eingetreten war, in diese peinliche Lage gekommen. Die lange Reihe beladener Einspanner wollte kaum von der Stelle; die Landstraße, welche im Sommer 10 Spannen breit ist, so daß 3 Wagen sich bequem ausweichen konnten, ließ in Winter kaum einem Gespann Raum. Nur in der Mitte zog sich ein schmales ausgefahrenes Gleis hin, an den Seiten aber lag ein weiches tiefer Schnee, in welchem das Pferd, wenn es nur um einen Zoll vom Gleise abwich, bis zum Bauch versank. Die Sibirier pflegen trotzdem mit ihren breitbusigen Pferden und breitfüßigen Schlitten an dem Wagenzug vorbei über den Schnee dahinzujagen, unsere Flüchtlinge aber wollten ein solches Manöver nicht riskiren, weil ihr Köhlein von der schweren Tagesreise ermüdet war und die Wagenreihe vor ihnen sich über einen ganzen Werst (1/4 Meile) dahinzog. Sie hatten daher Zeit, die Karawane genauer zu betrachten. An der Spitze derselben ging das beste Pferd mit dem schönsten Geschirr. Ueber dem Kopfe trug es ein breites buntemaltes Joch, das am untern Ende mit Messing ausgelegt war. Daran hing ein Glöckchen, dessen durchdringender Schall den andern Pferden als Zeichen zum Aufbruch oder zum Stillhalten diente. Der Kutscher (jzwoscezyk oder jamscezyk) des ersten Schlittens hat den schwersten Stand, denn nach ihm richten sich alle Andern. Er muß deswegen auch ein bewährter Kenner der Landstraße und mit allen Geheim-

nissen des edlen Kutschergerwerkes genau vertraut sein. Der Weg ist oft vom Sturme verweht und Schneehügel oder Löcher machen ihn auf Meilenlänge unsahbar. Hier gilt es, mit der größten Vorsicht die Hindernisse zu vermeiden, oft mit eigener Hand den Schlitten herauszuheben oder fortzustoßen, damit er nicht die nachfolgenden Gespanne aufhalte. Daher der erste jzwoscezyk auch ein starker kräftiger Mensch sein muß. Meistens kann er sich auf den Instinkt seines Pferdes verlassen, das ohne Zügel und Peitsche die schwierigsten Hindernisse überwindet. Ein gutes Leitzpferd, sagt der Russe, ist besser als ein Kutscher. Auch der Schlitten oder Wagen, der an der tête des Zuges geht, pflegt der dauerhafteste von allen zu sein. Die Waare wird auf die Schlitten so aufgeladen, daß vorn ein freier Raum bleibt, auf welchem ein Binsenhäuschen dem Kutscher zum Schutz vor Schnee und Regen dient; hier kauert er oft Tage lang, wie ein Igel zusammengeballt, und läßt seinem Pferde volle Freiheit. Oft sind sogar an dem ersten Schlitten mehrere andere angehängt, dann ist er mit 3—5 Pferden bespannt, die jedoch nie nebeneinander, sondern immer eins vor dem andern eingeschirrt sind. Eine besondere Zierde des vordersten Schlittens ist gewöhnlich eine kleine hölzerne, mit einem Dach versehene Kapelle, in der fortwährend Glöckchen läuten und kupferne Heiligenbilder aufgehängt sind, die gewissermaßen den Schutzgott der Karawane darstellen. Nur die tartarischen Wagenzüge gehen zuweilen ohne diese Kapellen auf die Reise, die russischen führen sie stets mit sich; denn der gewöhnliche Russe beginnt keine Arbeit, ohne vorher zu seinen Heiligen gebetet zu haben. Bevor der Zug von der Station aufbricht, knien alle Kutscher vor der Kapelle des ersten Schlittens nieder und flehen um eine glückliche Fahrt. Die tungusischen Kutscher tragen außerdem noch eiserne oder kupferne Heiligenfiguren in den Taschen bei sich. Gewöhnlich sind es 60 Schlitten, die einen solchen Zug ausmachen und die besonders, wenn man sie von hinten überschaut, einen malerischen Anblick darbieten. Die bunten Joche, das Glockengeläute, die auf den Waaren hingekauerten Kutscher in ihren das Fell nach außen gekehrten

Es folgt die Berathung von Petitionen, welche Gleichstellung des glatten Landes mit den Städten in Ansehung der Postsendungs-Befreiung verlangen, entweder vollständige Aufhebung oder wenigstens Briefe und Kreuzbandsendungen und Ermäßigung für täglich erscheinende Zeitungen; auch bitten sie, den Briefboten zu gestatten, Postanweisungen vom Lande mit zu den Postexpeditionen zu nehmen und auch eine politische Zeitung zwischen zwei Befreiungen, welche sie gemeinschaftlich halten, zu befördern. — Die Kommission beantragt in Anerkennung des Uebelstandes der ungleichen Behandlung des platten Landes und der Städte die Petitionen dem Bundeskanzler zur Erwägung zu überweisen, ob die Abschaffung des Brief- und Zeitungs-Befreiungsgeldes bald zu ermöglichen sei. — Abg. Cramach befürwortet den Antrag der Kommission.

Abg. Nienhoff beantragt auch die sofortige Aufhebung des Landbriefbefreiungsgeldes für Kreuzbandsendungen dem Bundeskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Becker sieht eine große Härte darin, daß ein Theil des Landes seine Briefe um 50 Prozent theurer bezahlen, als der andere, macht aber zugleich auf die Schwierigkeiten einer Reform aufmerksam. In Mecklenburg z. B. habe bis zur Einführung der norddeutschen Postverwaltung gar keine Landbriefbefreiung existirt. Es sei Gefahr vorhanden, daß die Aufhebung des Befreiungsgeldes überhaupt die Wohlfeilheit der Beförderung in Frage stellen. Redner empfiehlt als Anfang der Reform die Aufhebung des Befreiungsgeldes für frankirte Sendungen. Zu einer absoluten Gleichstellung zwischen Stadt und Land werde man wohl nie kommen.

Abg. v. Blankenburg will das schreiende Mißverhältniß, daß die Ungerechtigkeit gegen das platte Land erzeugt, nicht abgesondert vom Etat regeln und wird daher vorläufig gegen den Antrag Nienhoff stimmen. Abg. v. Patow: Man könne wohl von einer Ungleichheit, aber nicht von einer Ungerechtigkeit sprechen. Die Befreiung der Landbriefe sei eine mühevollere, als die in den Städten, eine höhere Vergütung dafür also geboten. Abg. v. Blankenburg hält den Ausdruck Ungerechtigkeit aufrecht.

Bundeskommissar v. Philippshorn: Bei der Aufhebung des Landbriefbefreiungsgeldes würde sich die Einnahme nicht durch Vermehrung der Sendungen wieder ausgleichen. Sie würde den Verkehr erleichtern und die Zahl der Sendungen vermehren, aber nicht in dem Maße, als es bei der Portomäßigung der Fall war: die Leistungen der Landbriefträger würden fortwährend steigen und die Kosten der Beförderung sich vermehren, ohne Ersatz in den Einnahmen. Die Einrichtung der Landbriefbefreiung ist erst in ihrem Anfang begriffen und ihre Vervollkommenung kann erst im Laufe der Jahre und nur mit großer Vorsicht erstrebt werden. Die Postverwaltung hat 1868 und 1869 in Folge der großen Reformen starke Ausfälle erlitten, wir sind jetzt kaum im Stadium der Erholung; wichtige Postverträge sind noch zu schließen, die mit sehr fühlbaren Einnahmeausfällen verknüpft sein werden, und wir werden zu thun haben, sie zu überwinden. Ein solches Stadium aber ist nicht dazu geeignet, um von der Postverwaltung zu erwarten und zu verlangen, auf eine Einnahme von über 1/2 Million zu verzichten, die nicht durch Vermehrung der Korrespondenz wieder ihre Ausgleichung findet.

Der Kommissionsantrag wird mit großer Majorität angenommen, das Nienhoffsche Amendement abgelehnt.

Die Handelskammer zu Hamburg, 62 Schiffskapitäne von der Weser, 44 Schiffskapitäne von der Ems bitten den Reichstag, „den Bundesrath aufzufordern, die Bekanntmachung vom 25. September 1869, betr. die Prüfung der Seefischer und Seesteuerleute auf deutschen Kauffahrtschiffen, zurückzunehmen und Vorschriften im Sinne der in den Petitionen ausgeführten Ansichten zu erlassen.“ Die Kommission beantragt, diese Petitionen dem Bundesrath zur Berücksichtigung zu überweisen, und an denselben die Aufforderung zu richten, die Bekanntmachung vom 25. September 1869, die Prüfung der Seefischer und Seesteuerleute betreffend, einer nochmaligen eingehenden Prüfung zu unterziehen. — Abg. Wiggers (Rostock) stellt den Gegenantrag, die Petitionen dem Bundeskanzler einfach „zur Prüfung“ zu überweisen.

Abg. Schleiden: Man sei in Deutschland so sehr an das Bevormundungssystem gewöhnt, daß man die höhere Bildung des Schiffers nur durch außerordentlich hoch gespannte Examenforderungen erreichen zu können glaube. Die von dem Bundesrath in neuester Zeit erlassenen Prüfungsvorschriften seien unzulänglich und streng. Für alle die, die bereits vor dem ersten Mal ihre Examina bestanden, werde dadurch ein Monopol geschaffen. Ein einmaliges Examen genüge; wer die Steuerprüfung bestanden, habe damit die Befähigung erworben, eventuell den Kapitän zu vertreten. Woju da noch eine zweite Prüfung?

Abg. Grumbrecht will dem Antrag der Kommission nicht entgegenstehen, warnt aber auf den Inhalt der Petitionen zu viel Gewicht zu legen. Die in Hamburg geprüften Schiffer seien immer die am mangelhaftesten ausgebildeten gewesen, Leute, die in Hannover die Prüfung nicht bestanden hätten, hätten in Hamburg keine Schwierigkeit gefunden. Wenn im Auslande die deutschen Schiffer mit Recht die am meisten gesuchten seien, so habe das mit seinen Grund in den höheren Anforderungen bei ihrer Prüfung.

Bundeskommissar Ed. führt aus, daß die am 25. September v. J. vom Bundesrath erlassenen Vorschriften über den Nachweis der Befähigung für Seefischer und Seesteuerleute auf Grund kommissarischer Berathungen erlassen seien, an denen seitens sämtlicher Bundesstaaten sachverständige Kommissarien Theil genommen hätten.

Abg. Hinrichsen führt als Mitglied der hamburger Handelskammer die einzelnen Punkte der Petition des Näheren aus und tritt namentlich den Ausführungen des Bundeskommissars entgegen. Die Anmerkungen Grumbrechts über die schlechten Leistungen hamburger Schiffer seien mit aller Ent-

schiedenheit zurückzuweisen. Referent Adickes empfiehlt den Kommissionsantrag, doch erlangt der des Abg. Wiggers die Mehrheit des Hauses.

Es wird nunmehr die unterbrochene Diskussion über § 129 des Strafgesetzes fortgesetzt: „Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinkünften oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft.“

Hierzu beantragen 1) Fries: den § zu streichen. 2) Pland hinter „Thatsachen“ zu setzen: wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind. 3) Legende die Worte „oder Anordnungen der Obrigkeit“ zu streichen. 4) Wende prinzipiell den § zu streichen, event. statt „erdichtete oder entstellte“ zu setzen „Unwahrheiten“; statt „um“, in der Absicht, vor „Anordnungen“ einzufügen „gesetlich gerechtfertigte.“

Abg. v. Rolffe: Es ist mir neulich befremdend gewesen, hier die Behauptung zu hören, daß nur Personen, nicht auch Institutionen verleumdet werden könnten; denn wer von einer Staatseinrichtung Unvortheilhaftes behauptet, verleumdet sie auch. Wären wir nicht schon so überaus reichlich mit Amendements versehen, so würde ich bei diesem § beantragen, statt „um dadurch“ zu setzen „welche“; die ersten Worte beziehen sich auf die Absicht, und diese Jemandem nachzuweisen, möchte doch schwer sein. (Heiterkeit.) Dieser Tage lies ein Artikel durch die Zeitungen, dessen Inhalt, wenn er wahr wäre, wohl geeignet ist, das öffentliche Interesse zu erregen. In einer kleinen sächsischen Garnison soll ein junger Soldat sich das Leben genommen haben. Er schreibt einen rührenden Brief an seine Eltern, er könne nicht länger leben, der Feldwebel habe ihn beim Exerziren dergestalt gemißhandelt, daß er besinnungslos zu Boden gesunken sei; wieder zu sich gekommen, sei er von Neuem zum Exerziren gezwungen mit den Worten: „Du Hund, wenn Du doch liegen geblieben wärest!“ Ich weiß nicht, ob die Sache wahr oder unwahr ist. Unsere jungen Leute wissen recht gut, wo sie sich Rath zu holen haben. (Lebhafte Unterbrechung.) Ich möchte Niemandem rathen, sie in dieser Weise zu behandeln. Geschiehe es, so würde gewiß nicht ungefragt bleiben. (Rufe links: Hallel! Hallel!) Ich kann die Thatsache nicht glauben. Sollte sonst nicht der junge Mann aus den Gedanken gekommen sein, sich dienlich zu beschweren? Der Artikel spricht sich darüber nicht aus, auch nicht darüber, ob sein Verfasser das Faktum der Militärbehörde vorher angezeigt hat, damit diese gegen den betreffenden Vorgesetzten nach der vollen Strenge des Gesetzes — denn es besteht eine Bestimmung darüber — verfahren könne. Dergleichen Artikel laufen durch mehrere Blätter. Sind solche Thatsachen wahr, so ist nicht zu leugnen, daß sie geeignet sind, die Militärbehörden dem Haß und der Verachtung preiszugeben (Sehr wahr!) und verächtlich zu machen. Es giebt nun zwei Fälle: entweder die Sache ist wahr, dann bleibt nach dem vorliegenden Paragraphen der Verfasser vollkommen strafflos und verdient Anerkennung, daß er die Sache veröffentlicht hat. Wie aber, wenn sie nicht wahr ist? Was bleibt dann der Militärbehörde zu thun? Sie wird die Sache untersuchen und kann dann aussprechen, daß sie nicht wahr ist, sie kann das sogar veröffentlicht. Aber wir wissen, daß dergleichen amtliche Berichtigungen ihren Weg nicht immer in die Blätter finden, die die erste Mittheilung als Sensationsartikel gern gebracht haben. Derartige Berichtigungen werden auch zum Theil nicht gelesen, zum Theil nicht geglaubt. Aus diesen Gründen werde ich weber für die Streichung des Paragraphen, noch für die Amendements stimmen, die die Haftbarkeit des Uebersers nur verlaulst. Wer öffentlich mit Behauptungen hervortritt, muß verpflichtet sein, sich vorher zu unterrichten, ob das, was er behauptet, wahr ist oder nicht.

Abg. Lasker: Ich freue mich, daß hier von einer so bedeutenden militärischen Autorität ein Faktum zur Diskussion gebracht ist, das zwar eigentlich in die Diskussion über den § 129 nicht hineingeht, von dem der Herr Vorredner aber selbst zugiebt, daß es das öffentliche Interesse verdient. Ich hoffe, es wird das dahin führen, daß in diesem und dem in Hamm vorgekommenen Falle eine Untersuchung eingelegt wird. Sollte die Thatsache falsch sein, so würde eine Verleumdung des Unteroffiziers vorliegen und der Verfasser des Artikels strafbar sein. Zur Aufnahme von Berichtigungen ist jede Zeitung nach dem Preßgesetze verpflichtet und mithin sehr wohl die Möglichkeit gegeben, falsche Behauptungen zu widerlegen, die der Herr Vorredner vermehrt. Unsere Bedenken gegen den Paragraphen finden ihre Begründung vielfach in dem Mißbrauch, der mit dem Worte „Entstellung“ getrieben wird, wenn ein Schriftsteller zu 3 Monaten Gefängniß für die Behauptung verurtheilt werden kann, Graf Bismarck habe den Bund mit Gewalt zu Stande gebracht. Zu der Auslegung, daß dadurch der Bund verächtlich gemacht werde, paßt dieser Paragraph vollkommen, und deshalb wollen wir ihn nicht. Ist die Erdichtung oder Entstellung von Thatsachen oder der Angriff auf eine Institution so bedeutend, daß sie die Absicht erkennen läßt, einen Aufbruch anzuknüpfen, dann haben wir Paragraphen genug, die eine strenge Strafe dafür bestimmen. Wir wollen verhüten, daß der Staatsanwalt eine Darstellung in der öffentlichen Diskussion aufgreife, sie für eine Entstellung erkläre und die Entscheidung darüber drei Richtern überlassen wird, die frei von der Sentimentalität, die man ihnen irrthümlich angedichtet hat, mit großer Mäßigkeit den Wortlaut des Gesetzes auf den einzelnen Fall anwenden. Hätten wir in solchen Fällen Geschworene, so würden die meisten Anklagen schon mit Rücksicht auf den gefunden Menschenverstand unterdrückt werden. Wenn wichtige Staatsstrafen solche Paragraphen erfinden lassen, um dem Staate zu Hilfe zu kommen, wie es jetzt in England in Bezug auf Irland geschieht, so hat das einen Sinn; aber die Möglichkeit zu statuiren, daß die anständigen Männer vor den Richtern geschnitten werden können, weil sie sich vielleicht im Ausdruck

*) In Folge der Mißhandlungen seines nächsten Vorgesetzten soll sich dort ebenfalls ein Soldat das Leben genommen haben.

vergriffen haben, und daß der Richter deshalb die Thatsache für entstellend erklären kann, — dazu können wir uns nicht verstehen. Wenn Hr. Bürger, den ich zu meiner Verwunderung unter den Verteidigern des Paragraphen gefunden habe, meinte, die anständige Presse würde durch denselben geschützt werden, so kennt er das Leben nicht; derartige Bestimmungen werden nur dahin führen, daß sich diejenigen Leute, die keine Freude an Kolllisionen mit dem Strafgesetze haben, von der Presse zurückziehen und daß nur die sogenannten Sitzbakteure an der Spitze der Blätter bleiben, die gegen Selbstentfädigung sich aus den Untersuchungen nichts machen. (Heiterkeit.) Glaubt der Herr Abgeordnete, daß der Presse mit der Herbeiführung eines derartigen Zustandes gedient sei? Wir werden deshalb zunächst den Paragraph möglichst unschädlich machen und für die Amendements stimmen, dann aber ihn gänzlich aus dem Strafgesetze herauszubringen suchen. Der preussische Staat und die Intelligenz des deutschen Volkes stehen nicht auf so schwachen Füßen, daß durch seinen Wegfall die öffentliche Sicherheit auch nur um die Breite eines Strohhalmes gefährdet wird. (Beifall.)

Abg. Sebert: An sich sei § 129 unbedenklich, da er bei richtiger Auslegung nur die dolose Verbreitung verleumdender Behauptungen treffe. Nach den Beispielen aus der Praxis des preussischen Obertribunals halte er es jedoch für notwendig, diese Beschränkung des Paragraphen auf dolose Verbreitung von Unwahrheiten in absolut unzweifelhafter Fassung auszusprechen, deshalb empfehle er das Amendement Pland. Sollte das letztere abgelehnt werden, so müsse er mit Rücksicht auf die an preussischen Gerichten herrschende Praxis gegen den ganzen Paragraphen stimmen.

Bei der Abstimmung lehnt das Haus alle Amendements mit Ausnahme des vom Abg. Pland gestellten ab, und nimmt mit letzterem sodann in namentlicher Abstimmung mit 111 gegen 88 Stimmen den ganzen Paragraphen an.

§ 132 verbietet das böswillige Abreißen, Beschädigen oder Verunstalten öffentlich angeschlagener Bekanntmachungen von Behörden und Beamten.

Abg. Fries will statt der gesperrten Worte setzen: „welche von Behörden oder Beamten innerhalb ihrer Amtsbefugnisse erlassen sind.“ — Gegen dies Amendement wendet sich Bundeskommissar Dr. Leonhardt, der das böswillige Abreißen öffentlicher Bekanntmachungen unter allen Umständen bestraft wissen will, da man es unmöglich dem Einzelnen überlassen könne, zu beurtheilen, ob der Beamte in dem Erlaß seine Befugnisse überschritten habe oder nicht. — Abg. v. Hoyerstedt verteidigt das Amendement. — Abg. v. Hennig: Wenn Sie unser Amendement ablehnen, so würde ich nicht einmal berechtigt sein, den Unfahrlauf eines Landrathes abzuwehren, was ich sonst jedenfalls thun würde.

Bundeskommissar Dr. Friedberg glaubt dem Vorredner trotz seiner Vertheidigung nicht, daß er irgend ein Plakat einer Behörde abreißen würde. Der Paragraph habe jene gewisse Klasse von Leuten im Auge, die aus Muthwillen öffentliche Bekanntmachungen zu beschmutzen oder zu zerstören liebten. Ein Unterschied in der Strafbarkeit, je nachdem sich die obrigkeitliche Anordnung innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit bewege oder nicht, könne unmöglich anerkannt werden. — Graf Schwerin ist der endlosen Heringziehung des Gegenfases von Rechtsstaat und Polizeistaat in die Betrachtung des Strafgesetzes müde und tritt dieser Ansicht bei. Ob ein Erlaß die Grenzen der gesetzlichen Befugnisse überschreite, habe die vorgelegte Behörde, nicht aber Jeder aus dem Publikum zu entscheiden.

Abg. v. Lüd: Die Bestimmung ist nicht ein Schutz für den Beamten, sondern für die Sicherung des Publikums, von den Anordnungen der Obrigkeit in Kenntniß gesetzt zu werden. — Das Amendement Fries wird abgelehnt, nachdem Abg. v. Hennig dem Bundeskommissar nochmals persönlich versichert, daß er sich ebenso berechtigt als verpflichtet fühlen würde, den Wahlerlaß eines Landrathes abzuwehren, jama als Privatmann kein Recht habe, seinerseits ein Gegenplakat zu veröffentlichen.

Eine Reihe von Amendements des Abg. Wende zu den folgenden Paragraphen wird ohne Debatte abgelehnt. — Eine längere Diskussion veranlaßt ein Antrag Meyers die Bestimmung des § 133, wonach ein heurlauter Landwehmann, der ohne Erlaubniß auswandert, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft wird, zu streichen. Er weist darauf hin, daß nach dem Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste den Reservisten und Landwehrlenten die Erlaubniß zur Auswanderung nicht verweigert werden dürfe. Mache ein solcher von diesem Rechte Gebrauch und vermesse die rein formelle Erlaubniß einzuholen, so sei dies wohl eine Ordnungswidrigkeit, die im Interesse der ordnungsmäßigen Führung der Listen als Uebertretung zu ahnden sei, unmöglich aber als Vergehen mit einer so harten Strafe belegt werden dürfe. Auffallend sei überdies, daß der Paragraph die Reservisten, die sich in gleicher Lage mit den Landwehrlenten befänden, nicht erwähne. Diese Lücke lasse vermuthen, daß man die Reservisten nach § 94 des Militärstrafgesetzes als Deserteure behandeln wolle, was nach dem Gesetze über die Verpflichtung zum Kriegsdienste absolut ungerechtfertigt sei.

Bundeskommissar Friedberg: Die Frage ist nicht so einfach, als der Vorredner sie hinstellt. Dies geht schon daraus hervor, daß die Bestimmung erst in das Strafgesetz aufgenommen wurde, nachdem durch eine längere Korrespondenz mit der obersten Instanz der Bundeskriegsverwaltung festgestellt war, daß ihre Aufnahme im Interesse der Landwehrlenten dringend wünschenswerth sei. Der Generalauditeur Bied, dessen Autorität auf diesem Gebiete anerkannt ist, wies ausdrücklich darauf hin, daß nach dem Militärstrafgesetzbuch Jeder, der ohne Erlaubniß auswandere, bis zum Beweise des Gegentheils die Präsumtion gegen sich habe, daß er sich böswillig der Dienstpflicht entziehen wolle. Ohne die Ausnahme der vorliegenden Bestimmung in das Gesetz würde also der betreffende Landwehrlant als Deserteur vor ein Kriegsgericht gestellt werden müssen; hiergegen möge das Haus ihn durch Ablehnung des Antrages Meyer schützen.

Abg. Lasker bedauert, daß der Bundeskommissar wieder einmal sehr

mitzugeben; zumeist aber genießen die Frachter unbeschränktes Vertrauen. Man hört höchst selten von einer Veruntreuung seitens der Kutscher; öfter pflegen die Kaufleute unbarmherzig Entschädigungen zu beanpruchen für Pakete, die etwa auf dem langen Wege gestohlen worden oder verloren gegangen sind. Das Gewerbe des Zwoszyzyls ist wenig einträglich, um so mehr aber mit Anstrengungen und Gefahren verbunden. Es ist fast unglaublich, wie wenig der einzelne Kutscher an einem solchen Transport verdient. Mit 10 Rubeln ist er durchschnittlich zufrieden, hat er doch daneben auch die Fütterung seiner Pferde umsonst. Aber der Zwoszyzyl hat eine Passion fürs Reisen; den Sommer über hat er sich daheim gelangweilt; wenn der erste Schnee fällt, jubelt er auf und bereitet sich zu seinen Fahrten, die ihn oft hunderte von Meilen von der Heimath wegführen. 30 Tage im strengsten Frost neben dem Schlitten herzuwaten, nur, wenn die Pferde gefüttert werden, sich eine Stunde unter der Einfahrt des Gasthauses zur Ruhe hinzulauern, das Gespann mitten im Felde auszufessern, wenn es Schaden genommen hat, das alles schreiet einen echten Zwoszyzyl nicht; er ist stolz auf seine gefrorenen Gliedmaßen, wie ein Soldat auf die Wunden, die er in der Schlacht erhalten. Mit behaglicher Selbstgefälligkeit erzählt er von den Spitzbuben, die bei Nacht zu Schlitten an seine Ladung herangeflogen sind, um ihn zu berauben, aber vor seiner Wachsamkeit die Flucht ergreifen haben. Dabei liebt er keine Feuerwaffe; nur ein langer Stoß, an dessen Ende ein Stein befestigt ist, macht seine ganze Wehr aus. Mit Pistolen — behauptet er — sei doch Nichts zu machen, denn man dürfe nach dem Gesetz, wenn man angefallen wird, ja nur ins Gesicht oder auf die Brust feuern, und dazu sei er zu menschlich. Dennoch sind solche nächtliche Gefechte zwischen den Zwoszyzyls und den Spitzbuben höchst interessant. Beim hellen Mondenschein jagt plötzlich von der Seite ein winzig kleiner Schlitten an die Wagenflanke heran; einer lenkt das Pferd, ein anderer steht aufrecht, mit einem Messer in der Hand, im Schlitten. Mit einer unbegreiflichen Schnelligkeit hat er plötzlich ein Paquet von der Ladung abge-

schnitten, in sein Gefährt geworfen und jagt davon in den tiefen Schnee hinein oder in den dunklen Wald, der sich an der Straße hinzieht. Wird der Dieb gefaßt, dann erhält er eine furchtbare Tracht Prügel; dem Gerichte übergibt ihn kein Zwoszyzyl; dazu ist er, wie er selbst sagt, zu gerecht.

Der Zug, hinter welchem unsere beiden Flüchtlinge langsam einherfuhren, kam endlich vor dem Gasthause des Dorfes an. Es war ein kleines strohgedecktes Haus mit einem weiten Hofraum, in welchem 50—60 Schlitten Raum hatten. Die Inhaber dieser Gasthäuser wissen meist schon ein Paar Stunden vorher, ob eine Karawane ankommt. Gewöhnlich schicken sie einen Boten hinaus auf die Landstraße, oder sie fragen die mit der Post Reisenden, ob sie ihnen nicht begegnet sei. Dann gehen sie persönlich den Schlitten entgegen und laden die Kutscher zu sich ein. Der vorderste verhandelt vorher mit ihm über den Preis des Hafers, des Heus und der Nahrungsmittel. Kommen sie überein, dann fahren die Schlitten in den Hof, aber so, daß sie in derselben Reihe wieder die Rückfahrt antreten können. Dann treten die Risselenter in das Gastzimmer, wo ihrer schon ein ungeheurer zischender samowar (Theelocher) und eine Quantität Schnaps wartet. Auch Wladislau trat in die Gaststube, setzte sich an den Ofen und beobachtete das lebhafteste Treiben, welches nun begann. Die Einfuhr eines Wagenzugs ist für den Gastwirth ein wichtiges Ereigniß, denn gewöhnlich bringt er den Erlös von 25—30 Rubeln. Daher auch die Wirthe gegen diese Gäste ausnahmsweise höflich und zuvorkommend sind.

Nachdem die Zwoszyzyls sich am Schnaps erwärmt hatten, wuschen sie sich die Hände, beteten und setzten sich dann um einen gemeinschaftlichen Tisch, auf dem der Thee vorbereitet war. Jeder schlürfte 10—12 Tassen dieses Getränkes hinunter. Hierauf ward eine ungeheure Schüssel dampfender Wasseruppe aufgetragen, in welche sie sich große Stücke Weizenbrot hineinstöckten. Sie entwickelten dabei einen wunderbaren Appetit; ein polnischer Bauer würde vier Tage von dem Quantum leben können, welches jeder Einzelne zum Abendbrote verzehrte. Dabei aßen alle gemeinsam aus der einen Schüssel; wie auf ein

unhörbares Kommando fuhren die Löffel gleichmäßig in die Suppe und zum Munde. Zuletzt kam ein ungeheures Stück geschnittenes Fleisch auf den Tisch, bei welchem anstatt der Gabel die Finger benutzt wurden. Gegen 1 1/2 Stunden dauerte das Souper. Dann begann ein lebhaftes Gespräch über die Begebnisse auf der letzten Tour, und schließlich schritt der vorderste Zwoszyzyl zur Berechnung mit dem Wirthe. Die szczota wurde herbeigebracht; es ist dies ein Brettchen, auf dem mit Kreide die Kopfen, Rubel u. s. w. nach Einern und Zehnern bezeichnet sind; ohne die szczota rechnet kein gewöhnlicher Russe. „Also zuerst, Tymosiejewicz, — fragte der Zwoszyzyl — was haben die Pferde verzehrt?“ — „13 Rubel 40 Kopel“, antwortete der Wirth. „Ferner rechnete eine Weile auf der szczota nach, dann zahlte er. „Und was haben die Leute gegessen?“ — „Für 10 Rubel 45 Kopel.“ „Nacht zusammen 23 Rubel“ — rechnete der Kutscher. „Ihr bekommt 16 Rubel baar und für 7 Rubel Thee; wollt Ihr?“ — „Das wird mir zuviel sein“, fragte sich der Wirth am Kopfe. „Ich verliere dran, denn Ihr berechnet das Pfund Thee zum Rubel und ich muß es für 80 Kopelen verkaufen.“ . . . „D, das ist Familienethee, dafür könnt Ihr dreißig einen Rubel und 20 Kopelen fordern.“ Der Vergleich kam zu Stande; der Zwoszyzyl zog einen Geldbeutel, den er unter dem Hemde auf der Brust trug, hervor und zahlte. Während er nach dem Thee hinausging, fragte die Wirthin schlichtern ihren Mann: „Haben sie viel auf den Thee verrechnet?“ . . . „Sieben Rubel“ antwortete träge der Mann. „Na, das geht an“, gähnte die Frau und ging schlafen.

Unterdes kehrte der Kutscher zurück und brachte sieben Päckchen Thee, die er dem Wirthe einhändigte. Mit gegenseitigem Gruß trennten sie sich hierauf, der Gast eine gute Nacht wünschend, der Wirth sein Gasthaus für fernere Einfuhr empfehlend.

W. G.

wirksam gegen Behauptungen gekämpft, die Niemand aufgestellt habe. Abg. Meyer habe nachgewiesen, daß es sich hier um eine Ordnungswidrigkeit, nicht um ein Vergehen handle; daß die Bestimmung also gar nicht hierher, sondern unter die Uebertretungen gehöre; hierüber habe sich der Vorredner in keiner Weise geäußert. Das Recht, einen auswandernden Reservisten oder Wehrmann ohne die vorliegende Bestimmung als Deserteur vor ein Kriegsgericht zu stellen, bliebe ihm trotz der wunderlichen Autorität des Herrn Red. unverkündet.

Abg. v. Hoyerbed: Die Nachscheidung einer Erlaubnis, die nicht verlangt werden kann, ist doch nichts anderes als eine einfache Anzeige. Der auswandernde Wehrmann hat eine solche Anzeige zu machen, ebenso wie er jeden Wechsel des Wohnortes anzuzeigen hat. Verlegt er diese formelle Vorschrift, so kann doch unmöglich, weil er von seinem guten Rechte der Auswanderung Gebrauch macht, die Präsumtion gegen ihn geltend gemacht werden, daß er ein Deserteur sei.

Bundeskommissar Friedberg: Es ist ein großer Unterschied zwischen der Anzeige eines Wechsels des Wohnortes innerhalb u. des Bundes einer Auswanderung. Abg. Easler erkennt dies gern an, vernimmt aber eine Wiederlegung der für den Antrag Meyer geltend gemachten Gründe.

Abg. v. Steinmeyer: In der Bestimmung, daß dem Reservisten und Landwehrmann die Erlaubnis zur Auswanderung nicht verweigert werden darf, liegt noch nicht enthalten, daß er nun unter allen Umständen auswandern darf. (Widerpruch.) Ich kann das nicht finden. In Zeiten eines drohenden Krieges liegt es im Interesse des Staates, seine Streitkräfte beisammen zu halten und nicht sie darauf sich stützen zu lassen, daß sie auswandern können. Da tritt die höhere Pflicht der Vaterlandsverteidigung ein und zwar für den Reservisten in noch höherem Grade, als für den Landwehrmann.

Abg. v. Hoyerbed: Ich begreife nicht, wie man hier von primärem und sekundärem Recht sprechen kann. Selbst im Kriege hat jeder Reservist und Landwehrmann, falls er nicht zur Fahne eingezogen ist, auf Grund des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste das Recht ungehindert auszuwandern. Wer ihm dies bestreitet, verletzt das Gesetz, und dazu wird sich, denke ich, hier im Saale Niemand finden. Abg. v. Steinmeyer: Ist Jemand verpflichtet dem Staate zu dienen, dann muß er, wenn er nicht da ist, dafür angesehen werden. (Heiterkeit.) — Die Diskussion ist hiermit geschlossen; der Antrag Meyer wird mit geringer Majorität angenommen.

§ 140, welcher die Unterlassung der Anzeige von beabsichtigter Desertion eines Andern mit Strafe bedroht, wird auf Antrag von Bries gestrichen. Die §§ 141 und 142, welche Strafbestimmungen enthalten für Selbstverwundung, um sich zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich zu machen, und für Anwendung von auf Täuschung berechneten Mitteln zu demselben Zwecke, verschärfen die spezielle Strafbestimmung durch den Zusatz: „auch ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen“. Abg. Bries beantragt, statt dieser Worte zu setzen: „kann auf Verlust u. s. w. erkannt werden“.

Abg. Easler hebt hervor, daß in dem Entwurfe nur für die beiden in diesen Paragraphen behandelten und außerdem noch für das Verbrechen der schweren Ruppelei der Verlust der Ehrenrechte als ein obligatorischer ausgesprochen ist, während bei allen anderen Verbrechen das etwaige Abbrechen der Ehrenrechte dem Ermessen des Richters anheimgestellt wäre. In der Natur dieser Verbrechen liege aber ein solcher Unterschied für ihre Behandlung durchaus nicht.

Bundeskommissar Dr. Leonhardt bemerkt, daß auch für das Verbrechen des Meineids der Verlust der Ehrenrechte nach dem Entwurfe obligatorisch sein solle, diese Strafe also nicht so vereinzelt dastünde, wie der Vorredner behauptete.

Abg. v. Bedemeyer: Wer sich verstümmelt, um der Pflicht zu entgehen das Vaterland zu verteidigen, sei immer ehelos. Abg. v. Dönneberg fügt hinzu, daß der, der sich selbst verstümmelt, dadurch andere Leute zwingt, für ihn ihre Haut zu Markte zu tragen. — Der Antrag Bries wird mit 88 gegen 87 Stimmen angenommen.

Ein anderer Antrag Bries, wonach im § 142 das Minimalstrafmaß von 3 Monaten gestrichen werden soll, wird mit 89 gegen 71 Stimmen ebenfalls angenommen.

Dem § 143 („Wer es sich zum Gewerbe macht, Norddeutsche zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängnis von einem Monate bis zu 2 Jahren bestraft“) will der Abg. Bries im Vorderzuge die Fassung geben: „Wer es sich zum Gewerbe macht, unter Vorpiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten.“

Die Abg. Bries und Easler befürworten diesen Antrag unter Hinweis auf die schwankende Bedeutung des Wortes „verleiten“ wonach schließlich jeder Agent bestraft werden könne, der eine einfache Aufforderung zur Auswanderung erteile. Man wolle doch aber gewiß nicht gegen diese, sondern vielmehr gegen jene Seelenverkäufer sich sichern, welche der urtheilslosen Menge im Auslande goldene Berge vorpiegeln.

Bundeskommissar Friedberg erwidert, daß allerdings der Gesetzentwurf im Gegenjuge zu dem Antrag Bries, die Agenten mit einer gewissen Ungunst betrachte, nämlich als Personen, von denen die Vermuthung gelte, sie wollten die Bewohner Norddeutschlands zum Verlassen des Landes „verleiten“. Prozeßualisch würde die Lage des Agenten nach Annahme des Amendements eine ganz andere, nämlich viel günstigere sein, als nach der Vorlage; die letztere bezweckt jeden, ohne Unterschied, der zur Auswanderung auffordert, zu dem Nachweise zu nöthigen, daß er nicht zur Auswanderung verleitet hat und sie schützt damit die Bewohner unserer Dörfer vor den Seelenverkäufern, die ihnen goldene Berge versprechen.

Abg. v. Hennig bedauert, daß vom Regierungstische Aeußerungen gefallen sind, durch welche auf ein an sich durchaus ehrenwerthes Gewerbe ein Schatten falle. Das sei derselbe thörichte Standpunkt, den früher die Gesetzgebung mit ihren Auswanderungsverboten eingenommen habe. Strafbar sei nur die Verleitung zur Auswanderung unter falschen Vorpiegelungen.

Abg. Easler fügt hinzu, daß gegenwärtig in England die Minister Gladstone und Bright, und die Elite der Aristokratie sich ein Geschäft daraus machten, zur Auswanderung zu verleiten, indem sie den Leuten sogar noch 2 Vir. zugaben, sie würden also nach § 143 der Vorlage strafbar sein. Für manche Provinzen sei eine starke Auswanderung allerdings ein Nothbehelf, anderen jedoch gereiche sie zum größten Segen. Wie könne man da Auswanderungsagenturen allgemein mit Ungunst betrachten! — Der Antrag Bries wird angenommen.

Auch § 144 (betr. die Verordnungen zur Verhütung des Zusammenstoßens von Schiffen auf der See) wird ohne Debatte genehmigt und ist damit der Theil des Strafgesetzbuchs in zweiter Lesung erledigt, der nicht der Kommission zur Vorberatung überwiesen ist. Schließlich verlangt Ryger noch einmal die Exemption Nordschleswigs von allen Bestimmungen des 2. Theiles, Abschnitt 1—8, bleibt aber wie immer mit diesem Antrage allein. — Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag. (Antrag Böve betr. das Verfahren gegen Dr. Firsich, Banknotenfälscher, Urheberrecht an geistigem Eigentum.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. März.

— Der Stadtverordneten-Sitzung am 23. d. M. wohnten 28 Mitglieder bei. Nicht erschienen waren die Herren Andersch, B. S. Ach, Sedert, Junge, G. Reimann, S. Reimann, Eichschke. Der Magistrat war vertreten durch die Herren: Bürgermeister Kobisch und Stadtrathe Annuh, v. Schlebowitz, Serje, Dr. Samter, Stengel, v. Dreskow.

Ueber die Aufstellung einer Fontäne auf dem Vorplatze der neuen Realschule referirte Dr. Nitykowski. Frau Stadtrathin Berger hat der Stadt als Geschenk den „Goldfischen Schwan mit dem Knaben“ aus Zinkguss nebst 100 Zhlr. angeboten, mit der Bestimmung, daß für diesen Betrag das Bildwerk vor der neuen Realschule aufgestellt und als Fontäne benützt werden solle. Da sich nun herausgestellt hat, daß die Aufstellung des Bildwerks 360 Zhlr. kosten würde, so beschloß die Versammlung nach längerer Debatte, „in der angenehmen Erwartung, daß die Frau Stadtrathin Berger die Aufstellung der Fontäne übernehmen werde, das Geschenk mit Dank anzunehmen, und alsdann die Kosten für Speisung der Fontäne zu bewilligen.“

Ueber die Kanalisierung Posens mittelst 12zölliger glasirter Thonröhren unter zwangsweiser Heranziehung sämtlicher Hauseigentümer referirte Hr. Löwinski. Die Finanz- und Baukommission hat danach zwar das Bestreben des Antragstellers, Hrn. R. Schmidt, unsere Stadt von den überfließenden Kinnsteinen zu befreien, anerkannt, ist aber sowohl gegen eine all-

gemeine Kanalisierung der Stadt wegen der hohen, die finanziellen Verhältnisse unserer Kommune übersteigenden Kosten, als auch gegen spezielle Kanalisierung der Wilhelmstraße wegen der Uebelstände, welche dadurch für die unterhalb an der Bogdanstraße gelegenen Stadttheile erwachsen würden. Da sie in Bezug auf den Schmidtschen Antrag die Ansicht hegt, daß man unmöglich die Hausbesitzer zwangsweise zur Kanalisierung heranziehen könne, so beantragt sie Ablehnung dieses Antrages. — Hr. Schmidt motivirte darauf seinen Antrag und schlug amendierend vor, die Kommune solle die Hauptleitungsröhren in den Straßen legen, und wären dann die Hauseigentümer zwangsweise zu veranlassen, von ihren Grundstücken Ableitungsröhren in die Hauptröhren hineinzuziehen. Schließlich beantragte derselbe die Verathung der Angelegenheit in einer gemischten Kommission. — Hr. B. Jaffe sprach sich vor Allem gegen jede zwangsweise Heranziehung der Hauseigentümer aus; unzweifelhaft müsse etwas geschehen, um die zu Tage getretenen Uebelstände zu beseitigen, sei es durch Kanalisierung oder geregelte Abfuhr; doch müsse erst festgestellt werden, welche Art der unterirdischen Leitung für unsere Stadt sich am besten eignen würde. — Hr. Mügel erklärte eine zwangsweise Heranziehung der Hauseigentümer für nicht unzulässig, hob die Nothwendigkeit hervor, daß etwas geschehen müsse, und beantragte, den Schmidtschen Antrag dem Magistrat zur Aeußerung zu überweisen. Hr. Nitykowski sprach sich für Ueberweisung des Schmidtschen Antrags an eine gemischte Kommission aus, Herr B. Jaffe sieht eine Verschleppung und nicht Beschleunigung der Angelegenheit in der gesetzlich nicht gerechtfertigten und praktisch undurchführbaren zwangsweisen Heranziehung der Hauseigentümer. Alle angeführten Analogien mit Trottoirlegungs-Verpflichtung u. s. w. seien unzutreffend. Notorisch stammten die zu hebenden Uebelstände ganz erheblich von der wechselnden Bewegung des sogenannten Grundwassers; in welchem Zusammenhange stände die Nothwendigkeit, hier eingzugreifen, mit den Verpflichtungen, die aus dem Hausbesitz sich ergeben? Die Theorie, den Grundbesitzer zum Träger aller kommunalen Lasten zu machen, sei als ziemlich fadenförmig anerkannt; sie überläßt, daß dem Bestreben bei dieser ihm zugebachten Mission des Hin- und Hertragens von Lasten und Leistungen aller Art, vor der Schwere der Arbeit und Kürze des Demos, das Leben ausgehen müsse. Die naturgemäße Folge sei dann, daß das solide Kapital vom Erwerb städtischen Grundbesitzes sich zurückziehe und wie in großen Städten bereits geschehen, Spekulanten unangenehmer Art als Besitzer eintreten. Hr. Mamrotz beantragte den Schmidtschen Antrag abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, ein Kanalisationsprojekt auszuarbeiten. Hr. Dr. Hantke hob die Nothwendigkeit der Kanalisierung hervor, durch welche nicht allein die überfließenden Stoffe, sondern auch das der Gesundheit so verderbliche Grundwasser entfernt werden würde; Hr. Breslawer wies auf die Härte hin, die darin liegen würde, den Hauseigentümern das Kloset-Spülwasser zu entziehen; es könne überdies leicht dahin kommen, daß dann die Hauseigentümer überhaupt kein Wasser mehr von der städtischen Wasserleitung entnehmen würden. Die städtischen Behörden hätten nicht die Verpflichtung übernehmen wollen, die Kosten für Unterhaltung und Reinigung des projektirten Kanals auf der Wilhelmstraße zu tragen, und würden nun vielleicht gezwungen werden, diesen Kanal auf ihre Kosten zu erbauen. Schließlich sprach sich Redner für Ueberweisung des Schmidtschen Antrags an eine gemischte Kommission aus. Nachdem alsdann noch Hr. Stadtrath Dr. Samter hervorgehoben, daß die Stadt nicht nöthig habe, eine kostspielige Kanalisation einzurichten, wenn die Polizeibehörde nur darauf halte, daß die Kinnsteine nicht von den Grundstücken aus verunreinigt würden, und nachdem Hr. Schmidt selbst aus seinem Antrage die Anlage 12zölliger Thonröhren und die zwangsweise Heranziehung der Hauseigentümer zurückgezogen, kam es zur Abstimmung. Der Antrag des Hrn. Mügel, den Schmidtschen Antrag dem Magistrat zur Aeußerung zu überweisen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag des Hrn. Schmidt, eine gemischte Kommission zu ernennen, welche die Kanalisations-Angelegenheit in Verathung ziehen solle. Dagegen wurde angenommen der Antrag des Hrn. Mamrotz, den Schmidtschen Antrag abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage über Kanalisierung unserer Stadt der Versammlung zugehen zu lassen.

Ueber die Aufstellung des Monuments für gefallene Krieger auf dem Wilhelmplatz referirte Hr. Mamrotz. Nachdem Hr. G. Schulz beantragt hatte, das Denkmal bis in die Verlängerung der Lindenstraße vorzurücken, dieser Antrag aber nicht die hinreichende Unterstützung gefunden, beschloß die Versammlung, gemäß dem Antrage der Bau- und Finanzkommission, 1) den Wunsch auszudrücken, daß das Monument nicht auf der Ost-, sondern auf der Westseite des Platzes aufgestellt werde; 2) in diesem Falle die Kosten der erforderlichen verändernden Umpflanzungen aus dem Extraordinarium zu bewilligen; 3) die Bedingung zu stellen, daß der Platz, auf welchem das Monument aufgestellt werden solle, Eigenthum der Stadt bleibe und sich dadurch die Kommune die freie Verfügung über denselben vorbehalte; 4) in diesem Falle die Bereitwilligkeit auszusprechen, das Monument in Obhut und Unterhaltung zu nehmen.

Ueber die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses und Wahl eines Mitgliedes zu dem Vorstande der hiesigen Wittwen- und Waisenkasse für Elementarlehrer referirte Hr. Dr. Stenzel. Nach dem Gesetze vom Dezember 1869 hat die Kommune zu dieser Kasse für die 41 Elementarlehrerstellen in unserer Stadt einen Zuschuß von 166 Zhlr., d. h. für die Stelle 4 Zhlr., zu gewähren. Die Regierung verlangt die Gewährung des Zuschusses bereits pro 1870, und spricht sich der Magistrat gleichfalls dafür aus. Da aber die Erhöhung der Unterstufungen aus der Kasse erst mit dem Jahre 1871 eintreten soll, so beschloß die Versammlung, den Zuschuß von 164 Zhlr. auch erst vom Jahre 1871 zu gewähren. Hr. Bürgermeister Kobisch hatte vorgeschlagen, den Zuschuß bereits pro 1870, jedoch unter Protest zu zahlen, jedoch den Rechtsweg zu beschreiten, und sich zu diesem Zwecke mit anderen Städten in Verbindung zu setzen. Als Mitglied zu dem Vorstande der Kasse wurde Hr. R. Schmidt gewählt.

Ueber die Beschaffung von Unterricht für die hiesigen Elementarschulen referirte Hr. Färk. Die Schul- und Finanzkommission hat sich für Gewährung der durch die Erweiterung der Schulen nothwendig gemordene Ausgabe von 680 Zhlr. zur Beschaffung von Unterricht ausgesprochen, und bewilligte demnach die Versammlung diese Summe.

Ueber den Antrag des Theaterdirektors Schwemer betr. die Entbindung von seinen kontraktlichen Verpflichtungen in Bezug auf das Theater referirte Hr. Mamrotz. Hr. Schwemer hat das Gesuch an den Magistrat gerichtet, ihn spätestens bis zum 1. September von seinem Kontrakte zu entbinden, event. ihm freies Theaterlokal, freies Gas und 2000 Zhlr. Subvention zu gewähren. Da nun dem Magistrat bereits anderweitige Anträge wegen Verpachtung des Stadttheaters vorliegen, so schloß die Kommission vor, die Vorlage bis dahin zu vertragen, wo diese Anträge der Stadtvorordnetenversammlung zur Beschlußfassung zugegangen sein werden. Doch beschloß die Versammlung auf Antrag des Hrn. Nitykowski, Hrn. Schwemer schon zum 1. April seines Kontraktes zu entbinden und den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß Hr. Schwemer die Staatsubvention von 2000 Zhlr., welche derselbe als Direktor des hiesigen Stadttheaters erhält, dann auch nur bis zum 1. April d. J. beziehe.

— Militärisches. F. H. L. Hauptm. und Battr. Chef von der 5. Art. Brig., als Komp. Chef zur See-Art. Abth. verlegt. Braun, Optm. von ders. Brig., zum Battr.-resp. Komp.-Chef ernannt. v. Graberg, Pr.-Lt. von ders. Brig., zum Hauptm. Gr. v. Reventlow, St.-Lt. von ders. Brig., zum Pr.-Lt. befördert. v. Holleuffer, Oberst und Kommandeur des Niederschl. Feld-Art. Regts. Nr. 5, mit Pension und seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt. Gütliche, Intendantur-Sekt. vom V. Armee-Korps zur Intendantur I. Armee-Korps verlegt. Stänzer, Sekretariatsassistent vom V. Armee-Korps zum etatsmäßigen Intendantur-Sekt. ernannt. Beidler, Intendantur-Sekretariatsassistent vom V. Armee-Korps zum Sekretariatsassistenten ernannt.

— Die Warte ist von Dienstag zu Donnerstag um beinahe 1 Fuß gefallen und hatte Donnerstag früh einen Stand von 8 Fuß 6 Zoll. Mittwoch Abend löste sich das Eis von der Gasanstalt abwärts bis zur Wallischebrücke. Dagegen steht das Eis noch aufwärts bis Kattaj; von da bis Starolenka soll die Warte offen sein.

— Frankfurt, 21. März. [Theater. Jubiläum der Nieder-tafel.] Innerhalb vier Wochen gab die Gortz-Reichlandsche Theatergesellschaft im hiesigen Lokale Vorstellungen, die meist gut besucht wurden, zumal die Leistungen der Mitglieder nichts zu wünschen übrig lassen. Die Gesellschaft ist bereits von hier nach Krotoschin abgegangen und wird daselbst ihre Vorstellungen fortsetzen. — Im April c. werden es 25 Jahre, daß die hiesige Liebertafel gegründet wurde und wird daher am 23. April dieser Verein sein Jubiläum begehen mit Aufführung der Komposition „Am Meer-

resstrande“, Festmahl und Ball. Vernehmlich werden nicht nur verzogene frühere Mitglieder, sondern auch der Posener Männergesangsverein, mit welchem die hiesige Liebertafel in vielfährigen Beziehungen gestanden, zur Theilnahme an diesem Feste eingeladen werden.

— Frankfurt, 22. März. [Lehrerkonferenz.] Vorigen Donnerstags fand unter Vorsitz des Hrn. Oberprediger Pfeiffer die erste Lehrerkonferenz in diesem Jahre statt. Dieselbe wurde mit Gesang und Gebet eröffnet, worauf Hr. Lehrer Baron die Katechese mit der ersten Knabenklasse über das fünfte Gebot hielt. In der darauf folgenden Besprechung erstreckte sich die Diskussion auch über die jetzt angestrebte Abschaffung der Todesstrafe. Nachdem referirte Hr. Lehrer Wittig über das Thema: Die Schule, als Pflanzstätte für Kirche und Vaterland. In die nachherige Debatte schloß sich auch eine Erörterung über konfessionslose Schulen ein. Hierauf konstituirte sich ein Zweig-Besuchs-Verein, um Anschlüsse an Bromberg und auch einem Antrage zur Gründung einer Lehrer-Bibliothek wurde Folge gegeben; die Realisirung derselben wird in der nächstfolgenden Konferenz vor sich gehen.

— Kempten, 22. März. [Theater. Lokalblatt.] Am 31. d. M. findet hier von einem polnischen Wohlthätigkeitsvereine, wenn wir recht berichtet sind, einem Zweigvereine des Vinztervereins, eine theatrale-musikalische Aufführung statt. Es werden Billets zu 1 Thaler ausgegeben und ist der Ertrag zu wohlthätigen Zwecken, nach einer Verlosung, als Beitrag zu dem Fonds für Gründung eines katholischen Waisenhauses bestimmt. — Wie wir hören, beabsichtigt der hiesige Buchdrucker Amulung ein Lokalblatt mit politischen Nachrichten herauszugeben.

— Koblenz, 22. März. [Intoleranz.] Am 20. d. Mts. wurde von den Mitgliedern des Kasino-Vereins im hiesigen Rathhause eine Theatervorstellung zum Besten der Ortsarmen aufgeführt. Obgleich ein gemeinnütziger Zweck verfolgt wurde, so konnte doch eine gewisse Partei, oder vielmehr einzelne Mitglieder derselben, die einen eingewurzelten Luthenbath befolgen, diese Theateraufführung nicht mit Ruhe vorübergehen lassen. Sie haben vielmehr einige Tage vorher durch Plakate obige Vorstellung auf eine gemeine Weise anzuschwärzen gesucht und die Folge davon war, daß auch die hiesigen Deutschen nur zu einem sehr geringen Theile sich daran betheiligten, weshalb eine weit kleinere Einnahme sich herausstellte, als man gehofft hatte.

— Rastow, 22. März. [Strohpfaster. Klassifikations-tarif.] Die Chaussee von hier über Rastow hat seit einigen Tagen bei dem Schlosse Rastow noch ein Strohpfaster erhalten, damit die passierenden Gespanne keine Erschütterung verursachen. Die Gräfin ist entbunden. — Die Väter der Stadt Orowo haben einen neuen Klassifikations-Tarif entworfen, welcher von der kgl. Regierung bereits bestätigt worden. Nach demselben soll ein Einkommen bis inkl. 30 Zhlr. steuerfrei bleiben, über 30 bis inkl. 50 Zhlr. 1 Sgr., bis 75 Zhlr. 3 Sgr., und 100 Zhlr. 5 Sgr. zahlen u. s. w.; 7000 Zhlr. zahlen 22 Zhlr. 17 Sgr.

— Roggen, 23. März. [Kollekte für die ev. Kirche. Kirchenbau. Wunderdoktor.] In drei Tagen feiert die hiesige ev. Kirche ihr hundertjähriges Bestehen. Um die Kirche zu diesem Feste mit einem neuen Gewände zu schmücken, hat der Kirchenvorstand unter mehreren Gemeindemitgliedern Bücher zum Zeichnen und Einzeichnen von fortlaufenden und einmaligen Beiträgen ausgeheilt. Der schon seit langen Jahren angeregte Wunsch, unsere Kirche mit einem größeren Thurm zu versehen, kann wegen Mangels an Baugeldern in nächster Zeit leider nicht ausgeführt werden. — Die vor vielen Jahren abgebrannte Kirche in Prusice wird in diesem Jahre wieder neu aufgebaut werden. Hr. v. Schulzinsky aus Siernitz hat als Patron der Kirche den größten Theil der Baukosten zu tragen. — Ein vielgeschätzter Wunderdoktor oder „Hugr Wana“ ist der Schaffer H. in Prusice. Da der Mann ganz ungebildet ist, weder lesen noch schreiben kann, so ist es ganz unerklärlich, wie derselbe sich einen so großen Ruf zu erwerben wußte, daß an manchen Tagen ganze Reihen von Fuhrwerken, darunter selbst vierpännige Equipagen, mit Kranken vor der Wohnung des klugen Schaffers warteten. Gebete und Räucherungen spielen nebst einigen Heilmitteln, die ähnlich den Morison'schen Pillen gegen alle Krankheiten erhalten müssen, die Hauptrolle. Bei rheumatischen Leiden läßt er Kompositionen aus den wichtigsten Bestandtheilen, die kaum äußerlich angewendet werden können, innerlich nehmen, da „es besser ist die Knochen gleit“, wie er sich technisch ausdrückt. Diesem Unwesen ist in letzter Zeit durch das Eingreifen des Dominal-Verwalters insofern ein Ziel gesetzt, als derselbe dem Schaffer nachdrücklich bemerkt gemacht hat, daß er sich mehr um die Schafe des Dominiums, als um fremde kümmern möge.

— Tirsitz, 22. März. [Schulprozeß. Pumpengerüstung. Theure Wohnungen.] Aeußern Vernehmen nach ist es bis jetzt noch nicht entschieden, ob der in Nr. 50 dieser Zeitung gemeldete Prozeß in Angelegenheiten der katholischen Schule von den in erster Instanz zur Uebernahme des gekauften kirchlichen Hauses verurtheilten Repräsentanten in zweiter Instanz wird weitergeführt werden. Bekanntlich genießen Kirchen und Schulen nach einer gesetzlichen Bestimmung das Vorrecht, daß sie in den von ihnen und gegen dieselben angeklagten Prozeß, die im Falle des Unterliegens auf sie fallenden Kosten nicht zu zahlen verpflichtet sind, diese vielmehr niedergezahlt werden müssen, sobald nachgewiesen wird, daß die qu. Prozeße mit Genehmigung der kgl. Regierung geführt werden. Da der in Rede stehende Prozeß der hiesigen kath. Schulrepräsentanten aber nicht die Billigung der k. Regierung erhalten hat, vielmehr gerade gegen deren Willen anhängig gemacht wurde, so sind nun auch die Gerichtskosten, welche bis jetzt schon 100 Zhlr. übersteigen sollen, liquidirt und die Einziehung angeordnet worden. Die Verfolgten haben sich nun an den Präses des Schulvorstandes gewandt mit der Bitte, die Schulkasse anzumessen die Gerichtskosten, sowie auch die außergerichtlichen Kosten bei den Rechtsanwältinnen zu berichtigen. Dieser hat jedoch die Sache der kgl. Regierung zu Polen unterbreitet und man ist hier einigermaßen auf die von ihr zu treffende Entscheidung gespannt. Sollte die kgl. Regierung auch die Schulrepräsentanten zur Weiterführung des Prozeßes in zweiter Instanz nicht autorisiren, dann würde man sich wohl schließlich doch bei der organischen Entscheidung beruhigen müssen, weil es mindestens zweifelhaft bliebe, wer zur Zahlung der Prozeßkosten anzuhalten wäre. Die Repräsentanten und die Wenigen, welche mit ihrer Wirksamkeit vollkommen zufrieden sind, werden schwerlich allein zahlen wollen. — Von den im Jahre 1867 und 1869 von dem Pumpendauer Hrn. Schulz in Brag hier aufgestellten eisernen Pumpen sind in Folge der starken Kälte des vorigen Monats drei unbrauchbar geworden, indem an der einen das Rohr geborsten und von den beiden andern die Schöpfer losgegangen sind. Da Hr. Schulz eine 5jährige Garantie übernommen hat, ist er jetzt aufgefordert worden die beschädigten Pumpen wieder in Gang zu bringen. — Troßdem im vorigen Jahre hier mehrere neue Häuser aufgeführt wurden, fehlt es dennoch bis jetzt namentlich an größeren Wohnungen. Der am 1. d. M. von Unruhstadt hierher versetzte Distriktskommissarius hat sich vorläufig auf einem in der Nähe der Stadt gelegenen Vorwerke eine Wohnung gemiethet, weil er für die einzige disponible, für ihn passende Wohnung in der Stadt die verlangte Miete von 100 Thalern nicht zahlen mochte.

Aus dem Gerichtssaal.

Tours, 20. März. [Prozeß Bonaparte.] Der Prinz Peter Bonaparte ist gestern Abend nach Tours abgereist. Außer seinem Vater, dem Rittmeister der Seine-Gendarmerie, Ramolino, begleitete ihn noch ein höherer Beamter der Polizeipräfektur, Grolot. Der Prinz reist mit dem 8 1/2 Uhr-Zuge ab, der gewöhnlich keine Reisende für Tours aufnimmt, da er erst in Poitiers anhält. Eine große Anzahl Polizeagenten in Civil mit mehreren Polizeikommissarien an der Spitze waren auf der Eisenbahn anwesend. Man befürchtete nicht, daß der Prinz an eine Flucht denke, aber wohl an eine Demonstration Seitens des Publikums, falls man den Prinzen erkenne. Alles lief aber ruhig ab, obgleich sich eine Masse Journalisten, darunter fast die ganze Redaktion der Presse, und viele andere Personen auf der Eisenbahn befanden, welche sich mit dem nächsten Zuge nach Tours begaben. Der Prinz selbst traf in der Nacht in Tours ein, wo er sofort nach der Wohnung des Direktors des Stadtgefängnisses gebracht wurde. Er bewohnt den Salon desselben, wo man ein Bett aufgeschlagen hat. Die Ankunft des Prinzen in Tours konnte zu keinerlei Demonstration Anlaß geben, da er nicht allein des Nachts, sondern auch mit einem Zuge entraf, der gewöhnlich in Tours nicht anhält. Seine Gemahlin erwartete ihn mit ihren beiden Kindern auf dem Bahnhofe und begleitete ihn nach dem Gefängnis. Die Prinzessin — sie ist bekanntlich die Tochter eines Herrschers des Haubourg St. Antoine zu Paris — ist dem Prinzen sehr ergeben und übt einen großen Einfluß auf ihn aus. Sie war es, welche den-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Zur Auflösung der Hagel- u. Viehversicherungs-Bank für Deutschland in Berlin

Sehe ich mich durch das Inserat vom 19. d. M. des „Herrn v. Kurnatowski in Vertretung der General-Agentur“ zu der Erwiderung veranlaßt, daß er mit seiner Ueberzeugung durchaus im Irrthum sich befindet, wenn er die **Kölnische Hagel-Versicherungs-Gesellschaft** oder Vertreter derselben als Urheber der Agitation für die Auflösung der qu. Bank vermuthet. Meine und des Herrn Sundrich Theilnahme hat sich so, wie die der übrigen in der Versammlung vom 14. d. M. anwesenden Unbetheiligten, lediglich auf die Anhörung der immerhin für mich interessanten Verhandlungen beschränkt, aus denen Herr v. Kurnatowski, wenn er anwesend gewesen wäre, als Gründe für die Auflösungs-Bestrebungen von Herrn Ramcke hätte vernehmen können:

- 1) die Ausschreibung des vorjährigen Prämien-Nachschusses von 100 % statt der verheißenen großen Dividenden, und die Besorgniß vor künftigen noch größeren Nachschüssen, wenn die einjährigen Mitglieder sämmtlich ausscheiden sollten;
- 2) die verweigerte Annahme der Kündigungen mehrjähriger Mitglieder.

Jeder Unbefangene mag sich selber sagen, wie weit diese Gründe gegenüber einem Geschäfts-Umfange der **Hagel- und Viehversicherungs-Bank** von noch nicht 30,000 Thlr. reguläre Gesamt-Prämien-Einnahme berechnigt sind, und er wird sich auch sagen können, daß das Interesse der Kölnischen oder einer anderen von den großen Gesellschaften an der Nicht-Existenz der Bank doch viel zu geringfügig sein muß, um des möglicherweise zu erwerbenden kleinen Antheils an dem nach den bisherigen Resultaten vermuthlich nur Verlust bringenden Geschäftes wegen Konkurrenz-Manöver wie die der Kölnischen Gesellschaft **angedachteten** zu unternehmen, und sich einer unliebsamen Zeitungs-Polemik auszuweisen.

Die Herren, welche die Auflösung angeregt haben, sind bis zur Versammlung vom 14. d. M. mir mit Ausnahme eines Einzigen nur dem Namen nach bekannt gewesen, und es ist **nie** irgend welche Verhandlung direkt oder indirekt mit ihnen gepflogen worden.

Uebrigens hat in der Versammlung vom 14. d. M. nach meiner Wahrnehmung Niemand den Direktor und General-Agenten der Bank oder die der Auflösung widersprechenden Mitglieder genöthigt, das Versammlungs-Lokal zu verlassen; es war von dem Vorsitzenden nur angeregt worden, daß die Letzteren an den weiteren **Beschlüssen** über die Ausführung der Auflösung sich nicht betheiligen könnten.

Berlin, den 21. März 1870.

Preussner,

General-Agent der Kölnischen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft.

Das aus den freiconservativen Fraktionen des Landtages und des Reichstages gewählte Comité, welchem die Organisation der Partei für die bevorstehenden Wahlen übertragen ist, hat sich konstituiert und wird in Berlin ein ständiges Bureau errichten.

Dieses Bureau hat die Bestimmung, auf Anfragen von Parteigenossen Auskunft zu geben, sowie die Meldungen und Mittheilungen derjenigen Herren entgegen zu nehmen, welche für die Organisation der Partei in den einzelnen Bundesländern resp. Provinzen, event. für die etwaige Bildung von Provinzial-Comités thätig zu sein gewillt sind.

Die Adresse des Bureaus wird baldigst öffentlich bekannt gemacht werden und bitten wir bis dahin, bezügliche Correspondenzen unter der Adresse des mitunterzeichneten Reichstagsmitgliedes Dr. Friedenthal — Dorosthenstraße 8 — aufgeben zu wollen.

Berlin, den 12. März 1870.
Fürst Hohenlohe, Herzog von Ujest.
Dr. Künzer, Dr. Achenbach.
Dr. Aegidius, Graf Bethusy-Huc.
Dietze, Dr. Friedenthal.
v. Kardorff, A. v. d. Kneesebeck.
Graf zu Münster, de Nys.

Die durch den Tod des bisherigen Arztes erledigte Praxis ist schnelligst durch einen thätigen Herrn zu besetzen. Nähere Auskunft ertheilt:

H. Blankenheim,
Apotheker.

Stadt Kozryn

findet sofort ein polnisch sprechender Arzt sehr lohnende Praxis. — Der jetzige Inhaber übernimmt eine Gewerksarztstelle.

Hierdurch beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mich hierorts als

Maurermeister

niedergelassen habe. Zur Ausführung von Bauten mich bestens empfehlend, werde ich stets bemüht sein, durch schnelle und reelle Ausführung der mir gütigst anvertrauten Arbeiten mir das Vertrauen des geehrten Publikums zu erwerben.

Wongrowiec, im Febr. 1870.

Otto Krieger,
Maurermeister.

Die Blasebereinigungsanstalt zu Görden taucht schönen Rostenglas am liebsten gerösteten.

Hagel- und Viehversicherungs-Bank für Deutschland in Berlin.

Im Anschluß an die von uns mit Freuden begrüßte Aufforderung in Nr. 62 der Posener Zeitung erklären wir unterzeichneten Landwirthe unsere längst gefühlte Unzufriedenheit mit der Hagel- und Viehversicherungs-Bank für Deutschland in Berlin, vertreten durch den General-Agenten S. A. Krueger in Posen, und wünschen dringend ihre Auflösung.

Wilhelm Jaensch, Paczkowo.
Michael Kozerski, dito.
Michaelis Badt, Schwerzenz.
Dobkiewicz, Lowencin.

Auflösung der Hagel- und Viehversicherungs-Bank für Deutschland in Berlin.

Den Beschlüssen vom 14. d. Mts., betreffend die Herbeiführung der Auflösung der obengenannten Bank, sind bis jetzt Mitglieder mit der Versicherungssumme von 330,303 Thlr. beigetreten.

Weitere Beitrittserklärungen sollen bekannt gemacht werden.

Ramcke-Chociszewo.

Samen

empfehle in bester frischer Qualität zu billigen Preisen. Mein Samenverzeichnis: Nr. 35, 17. Jahrgang, steht gratis und franko zu Diensten. Auch empfehle ich zu Anlagen von Parks und Gärten, sowie zur Anfertigung von Gartenplänen.

Posen, Königsstraße 15a.

Heinrich Mayer,
Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Den 30. März c. wird per Lizitation: Birken u. Erlen **Ant-holz** (Erlen für Drechsler gut); **Dachstöcke** I. und II. Klasse; Kiefer, Birken und Erlen Abraum, in **Pawlówo** bei **Riszkowo** verkauft.
Die Forstverwaltung.

Riesen-Runkelrüben-Saamen,

gelbe Pohlische Sorte, verkauft den Str. mit 15 Thlr., das Pfund mit 4 Sgr. 6 Pf.
A. Zimmermann
in Lowencin bei Schwerzenz.

Waldsamen und Waldpflanzen,

sowie Bäume und Sträucher zu Parkanlagen verkauft billigt von bekannter Güte und sendet auf Verlangen Preis-Verzeichnisse gratis.
H. Gaertner
in Schöndorf b. Sagan in Nied.-Schlesien.

30 kernfette **Wasthammel** stehen sofort zum Verkauf auf dem Dominium **Ludom** bei **Obornik**.



Junge springfähige Bullen

von der großen **Amsterdamer Race** stehen zum Verkauf in **Nitsche** bei **Alt-Boyen**.



Unterzeichnete erlauben sich hierdurch den geehrten Herrschaften zur Lieferung von holländischen und ostfriesischen Vieh hochtragenden Kühen und Ferkeln, sowie Zuchtstieren von 1 Jahre ab, bestens zu empfehlen. Strengste Reellität versichernd, bitten wir bei Bedarf um geneigte Aufträge.
L. Cohen & Campen,
Viehlieferanten in Emden (Ostfriesland)

Für die Frühjahrs- u. Sommer-Saison



sind Wiener und Prager Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe in modernster Fagon und größter Auswahl zu billigsten Preisen vorrätig im **ersten Schuh- und Stiefel-Bazar** von

S. Tucholski,

Wilhelmstraße 10.

Reparaturen und auswärtige Aufträge werden **pünktlichst** besorgt.

Frühjahrs-Saison 1870.

Tuche, Paletotstoffe, Bukskins, Westen, Shlipse, Foulards etc.

Reise-Decken, Reise-Plaids, Schlaf-Decken, Stepp-Decken, Regen-Röcke etc.

Reichhaltigste Auswahl.
Billigste Preise!

Posen, Markt 63.

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt).

2 fast neue große Spiegel mit Goldrahmen

sind veränderungs halber zu verkaufen. Näheres Breitestraße 20 im **Rubinscher** Comptoir.

Orientalische Flohfang-Maschine, Attrape-Puces à Cairo.

Neuestes, interessantes und beliebtes Geschenk für jede **Dame** à Stück 10 Sgr. Nachnahme. Gegen Franco-Einsendung von 12 Sgr. erfolgt Franco-Zusendung. Kriebschiff bei **Waldheim** in Sachsen.
Emil Sturm jun.

Umzugs halber sind zum 1. April d. **Möbel und Küchengeräthe** u. zu verkaufen. Näheres **Wilhelmstr. 15**, im **Ecladen**

Wagen

in großer Auswahl, elegant und dauerhaft zu soliden Preisen empfiehlt
C. G. Froelich zu **Breslau**, Schumbstraße 53 Messergasse.

Verkauf einer Stammschäferei.

Die Erbauung einer Fabrik bestimmt mich, meine Stammschäferei aufzulösen und die Muttertiere zum Verkauf zu stellen. Die Herde gehört der **Regretti-Race** an und ist unter Beihilfe des Schäfer-Direktors **H. Heine** sorgfältig gezüchtet; sie ist gesund und von jeder erblichen Krankheit frei. Die Thiere haben durchweg große Figuren bei tiefem, tonigen Körper, sehr wenig Fellen, ein gebräuntes Woll mit tiefer, edler, ausgeglichener und möglichst schweißreier Wolle. Weiteres die Berichte der Schäfschauen.

Das Schurgewicht beträgt pr. 100 Stück 4 Str., der Wollpreis ist ein entsprechend guter. Die Muttertiere sind mit ausgezeichneten Böden gedeckt, die 14 Tage noch zur Ansicht dastehen.
Dom. Klein-Baudisch bei **Bahnhof Neu-**markt i. S.

Walter.

Frische große Seehechte empfangen heute per Eilgut

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmplatz Nr. 2.

Für eine leistungsfähige süddeutsche Cigarrenfabrik wird ein tüchtiger Provisions-Reisender gesucht. Offerten unter L. M. Nr. 766 befördert die **Annoncen-Expedition von Haenstein & Vogler** in **Frankfurt a. M.**

Lilione



ist von dem k. preuss. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft und bezeugt die Eigenschaft, Frostschäden zu beseitigen, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Hautunreinigkeiten, als: Sommerprossen, Geberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Finken, trockene und feuchte Bleichen, sowie Rötze auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen vierzehn Tagen erfolgt, garantiert, und zahlen wir beim Nichterfolg den Betrag retour.
Um Täuschungen zu vermeiden, wolle man genau beachten, daß auf dem Etikett: **Rothe & Co.** bemerkt sein muß. Preis pro ganze Flasche 1 Thaler.

Barterzeugungs-Pomade,

à Dose 1 Thlr.

Dieses Mittel wird täglich einmal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen sechs Monaten einen vollen, kräftigen Bartwuchs. Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der obengedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantiert die Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin, Kammanbantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in Posen bei Herrn **Herrmann Moegelin**, Bergstr. 9., Ecke der Wilhelmstr.

An Magenkrampf, Verdauungsschwäche u. c. Leidenden wird das fast 50 Jahre legendär wirkende **Dr. med. Doeck'sche** Heilmittel empfohlen. Schrift darüber gratis in der Exp. d. Bl. Das Mittel ist nur direkt zu beziehen durch **Apotheker Doeck, Harpsiedt** bei **Bremen** (früher Barnhorst).

Frischen fetten ger. Elb- u. Weserlachs, Räucheraal, Kieler Sprotten, Hamb. Speckbücklinge und Lachsheringe empfing
A. Cichowicz.

Beste gesunde **Zitronen**, hochrothe große süße **Apfelsinen**, schönste **Stearin-** und **Paraffinkerzen**, empfehlenswerthe **Fett-Öle**, sowie den besten Dampfmaschinen-Kaffee empfiehlt die Colonialwaarenhandlung **Julius Dullin**, Kleine Gerberstraße 9.

Durch einen Gelegenheitskauf habe ich eine bedeutende Partie wirklich feiner

Cigarren

billig erworben. Um schnell zu räumen, verkaufe

Superfeine Blitar Havana

à Mille 24 und 30 Thlr.,

Feine Havana-Cigarren

à Mille 15, 18 und 20 Thlr.,

Havana-Ausschuß

Orig.-Kisten, 500 Stück à Mille 12 Thlr.

A. Gonschior

in **Breslau**.

Einen Lehrling mit guter Schulbildung sucht unter sehr günstigen Bedingungen zum 1. April oder früher die Buchhandlung von **Louis Türk**.

Die Liqueur-Fabrik

von **Philipp Joseph v. D. G. Baarth**

empfehlen ihre Crèmes und Liqueure feinsten Qualität in 1/1 und 1/2 Quart-Flaschen und berechnet beim Verkauf einzelner Flaschen den Engrospreis.

Der Eingang zum Liqueurverkaufsfokal ist durch das große Portal im Hofe rechts.

Erste Preismedaille

1869. Amsterdam. 1869. Pilsen. 1869. Wittenberg.

Eine Reihe namhafter Kinderkrankheiten und Entzündungskrankheiten bedient sich des Präparates.

Liebe-Liebig's Nahrungsmittel in „löslicher“ Form,

im Vacuum dargestellt vom Apotheker **F. Paul Liebig in Dresden.** Dieses lieblich schmeckende Präparat giebt durch einfache Lösung in lauwarmem Milch und Wasser nach Vorschrift (ohne das umständliche Kochen) die berühmte Liebig'sche Suppe.

Erfahrungsmittel für Muttermilch, Nahrungsmittel für Blutmarme, Reconvalescenten, Magenleidende, Säfte etc. Flacone à 2/3 Pfd. Inb. mit Anweisung 12 Sgr.

Lager in Posen bei Apotheker Pfn. Rogasen bei L. Zerenze. Grätz bei M. D. Cohn. Schrimm - G. Reissner. Gnesen bei L. Citron. Breschen - K. Winzowski in Stenzfrow bei Apotheker Zweiger.

Original-Staats-Loose

sind überall zu kaufen und zu spielen erlaubt.

Man biete dem Glücke die Hand!

250,000

als höchsten Gewinn bietet die neueste grosse Geld-Verloosung, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantirt ist.

Es werden nur Gewinne gezogen und zwar plangemäss kommen in wenigen Monaten **28,900 Gewinne** zur sicheren Entscheidung, darunter befinden sich die Haupttreffer von **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 30,000, 25,000, 2 mal 20,000, 3 mal 15,000, 4 mal 12,000, 4 mal 10,000, 5 mal 8000, 7 mal 6000, 21 mal 5000, 35 mal 3000, 126 mal 2000, 205 mal 1000, 255 mal 500, 350 mal 200, 13,200 mal 110 etc.**

Die nächste Gewinnziehung dieser grossen vom Staate garantirten Geld-Verloosung ist amtlich festgestellt und findet

schon am 20. April 1870 statt

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Staats-Loose nur Thlr. 2, — Sgr.
1 halbes „ „ „ „ „ 1, — „
1 viertel „ „ „ „ „ 15 „

gegen Einsendung, Posteingahlung oder Nachnahme des Betrages.

Alle Aufträge werden sofort mit der grössten Sorgfalt ausgeführt und erhält Jedermann von uns die Original-Staats-Loose selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt und nach jeder Ziehung senden wir unsern Interessenten unaufgefordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets prompt und kann durch directe Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Deutschlands veranlasst werden.

Unser Debit ist stets vom Glücke begünstigt und hatten wir erst vor kurzem wiederum unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen 3 mal die ersten Haupttreffer in 3 Ziehungen laut officiellen Beweisen erlangt und unseren Interessenten selbst ausbezahlt.

Voraussichtlich kann bei einem solchen auf der **solidesten Basis** gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Betheiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nächsten Ziehung halber** alle Aufträge **baldest direct** zu richten an

S. Steindecker & Comp.,

Bank- und Wechsel-Geschäft in Hamburg.

Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahn-Actien und Anlehensloose.

Um Irrungen vorzubeugen, bemerken wir ausdrücklich, dass keine ähnliche vom Staate wirklich garantierte Geld-Verloosung vor obigem amtlich planmässig festgestellten Ziehungstermin stattfindet und um allen Anforderungen möglichst entsprechen zu können, beliebe man gefl. die Aufträge für unsere Original-Staatsloose baldigst uns direct zugehen zu lassen. D. O.

Ein gutes Bett

wird von einem jungen Manne zu mietthen gewünscht. Nähere Auskunft ertheilt die Exped. d. Ztg.

Al. Gerberstr. 10 ist ein freundl. Parterrezimmer mit und ohne Möbel zu vermietthen. Näheres im Souterrain links.

Wasserstr. 15 ein möbl. Zimmer II. Et. vom 1. April zu vermietthen.

Ein möbl. Zimmer mit Kabinet ist **Große Ritterstr. 14** 2 Et. zu verm.

Breslaustr. 15 sind 2 möbl. Stuben zu vermietthen.

Sapientplatz 14 ist im 1. Stod ein gr. möbl. Zimmer v. 1. April zu verm.

Ein unverheiratheter zuverlässiger, beider Landesfarben mächtiger **Wirtschafts-Insp.ektor** findet auf dem **Domin. Plewisk** bei Posen sofort eine Anstellung.

Persönliche Vorstellung mit Beibringung der Atteste.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Der nichts wagt, gewinnt nichts!

Zu den am 20. f. M. beginnenden Haupt-Gewinn-Ziehungen der großen, von der hohen Regierung genehmigten und garantirten Geldverloosung, wofür binnen wenigen Monaten die Summen von **weit über vier Millionen** in Gewinnen von **250,000, 200,000, 190,000, 180,000, 170,000** im glücklichen Fall gewonnen werden müssen, verkaufe ich

amtlich ausgestellte Original-Staatsloose

zu **2 Thaler** das Ganze, **1 Thaler** das Halbe, **15 Groschen** das Viertel, gegen Einsendung (Posteingahlung) oder Nachnahme des Betrags.

Amtliche Pläne, die über alles Wissenswerthe Auskunft geben, sowie amtliche Gewinnlisten nach jeder Ziehung pünktlich unentgeltlich. Gewinnelder stehen sofort zu Diensten. Für die sichere Ausbezahlung der Gewinnelder leistet den Besitzern der Loose der Staat Garantie! Zu dieser gewinnreichen jede (vom Publikum mit Recht verlangte) Sicherheit bietenden Gewinnverloosung ladet höflichst ein

Siegmund Levy,

Staats-Effekten-Geschäft, Hamburg, Bleichen 31.

Vom 14. April bis 2. Mai Haupt- und Schluss-Ziehung K. Pr. Staats-Lotterie.

Hierzu verkauft und versendet Loose:

1/1 40 Thlr. 1/2 20 Thlr. 1/4 10 Thlr. 1/8 5 Thlr. 1/16 2 1/2 Thlr. 1/32 1 1/4 Thlr. 1/64 3/4 Thlr. 1/128 3/8 Thlr. 1/256 3/16 Thlr. 1/512 3/32 Thlr. 1/1024 3/64 Thlr.

Alles auf gedruckten Antheilscheinen, gegen Postvorschuss oder Einsendung des Betrages Staatseffectenhandlung **Max Meyer.**

Berlin, Leipzigerstrasse 94. Im Laufe der letzten 10 Jahre fielen im mein Debit Thlr 100,000, 40,000, 30,000, 20,000 etc

Eine herrschaftliche Wohnung

von 7 bis 8 Zimmern in der Nähe der Gymnasien wird vom 1. Okt. c. zu mietthen gesucht. Näh. bei **E. Drange**, Friedrichstr. 19.

Ein fein möbl. Zimmer ist billig v. 1. April zu verm. Näh. **Wilhelmstr. 15** im Erdgeschoss.

Ein großer Laden, Markt 59, hier, ist vom 1. Juli d. J. zu vermietthen. Das Nähere bei Wittwe **Zupanska**, Ziegenstrasse, zu erfragen.

Eine geräumige Kellerwohnung von 3 Zimmern, Kammer und Zubehör, zum Geschäftszweck geeignet, ist **Berlinerstr. 28** vom 1. April zu vermietthen. Näheres **Reiterstr. 19** in der Federhandlung.

Gesucht

in den Städten der Prov. Posen Personen, welche für ein renomirtes Bremer Auswanderungsgeschäft eine Agentur führen und die gefällige kleine Kaution leisten wollen. Anerbietungen sub **D. 6769** an die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Weinreisender-Gesuch.

Für ein rheinisches Weingeschäft mit ausgedehnter Privatkundschaft in den Provinzen Posen und Westpreußen wird gegen hohes Salair und zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger, kautionsfähiger Reisender gesucht.

Franco-Offerten besorgt die Expedition d. Ztg. **P. R. 20.**

Zum 1. April d. J. wird ein beider Landessprachen mächtiger, mit dem Rechnungswesen vertrauter **Kassaverwalter** gesucht. Angemeldet bei Herrn **Wirtschaftsinsp.ektor Th. Christ**, Wieronska.

Einem Lehrling und einem Volontair sucht die Cigarren-Niederlage von **J. Kempner**, Wilhelmsstr. 15.

Ein gewandter **Destillateur** findet zum 1. Mai Stellung bei **H. Hirschberg**, Gnesen.

Ein cand. phil., 24 1/2 Jahre alt, ev., der auch in der Musik und polnischen Sprache Kenntniss besitzt, sucht zum 1. Mai d. J. einen Platz als **Lehrer**. Offerten adressirt man gefälligst: **M. Z. Skalmierzyce** poste restante.

Börse zu Posen

am 24. März 1870.

Bonds. Posener 3 1/2 % alte Pfandbriefe —, do. 4 %, neue do. 8 1/2 % do. Rentenbriefe 84 1/2 Br., poln. Bantnoten 74 1/2 Bd.

[Amtlicher Bericht.] **Waggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] geländ. 25 Wispel. pr. März 40 1/2, Frühjahr 40 1/2, April-Mai 40 1/2, Mai-Juni 41 1/2, Juni-Juli 42 1/2.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Exalles] (mit Saß) pr. März 14 1/2, April 14 1/2, Mai 14 1/2, Juni 14 1/2, Juli 15 1/2, Aug. 15 1/2, Br. 15 1/2, do. ohne Saß 14 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** bewölkt. **Waggen:** schwach behauptet. **Sch.** 25 Wispel. pr. März 41 — 40 1/2 Br., Frühjahr do. April-Mai do., Mai-Juni 41 1/2 — 42 Br., Juni-Juli 42 1/2 Br., 42 1/2 Br.

Spiritus: wenig verändert. pr. März 14 1/2 Br., u. Bd., April 14 1/2 Br., u. Bd., April-Mai 14 1/2 Br., u. Bd., Mai 14 1/2 Br., u. Bd., Juni 14 1/2 Br., u. Bd., Juli 15 1/2 Br., u. Bd., Aug. 15 1/2 Br., u. Bd., do. ohne Saß 14 1/2 Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 23. März. **Wind.** NW. **Barometer:** 28 1/2. **Thermometer:** 3° +. **Witterung:** veränderlich. — Die Witterung, welche gestern die Kaufleute einschüchterte, hat heute die Verkäufer zurückhaltend gemacht. **Waggen** hat daher höhere Preise gebracht und würden auch größere Umsätze festgefunden haben, wenn die Abgeber nicht so rar gewesen wären. Sofo sind die Offerten heute wieder schnell geräumt worden. **Waggen** mehl fester. **Geländigt** 600 Cir. **Rundigungspreis** 3 Rk. 8 Sgr. — **Waggen** unverändert. — **Häfer** loco ziemlich fest. Termine wurden eine Benigtheit

leiser bezahlt. — **Rübbi** nicht voll preishaltend bei mäßigen Umsätzen. **Geländigt** 1100 Cir. **Rundigungspreis** 13 1/2 Rk. — **Spiritus** ohne wesentliche Aenderung. **Geschäftsverkehr** schwach. — **Waggen** loco pr. 2010 Pfd. 48 — 64 Rk. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat —, April-Mai 56 1/2 a 1/2 a 1/2 a 1/2 Rk. Br., Mai-Juni 57 1/2 Br., Juni-Juli 59 Br., Juli-August 60 1/2 a 60 Br. — **Waggen** loco pr. 2000 Pfd. 45 1/2 a 46 Rk. Br., per diesen Monat 45 Br., April-Mai 44 1/2 a 44 a 1/2 a 1/2 Br., Mai-Juni 44 1/2 a 1/2 a 1/2 Br., Juni-Juli 45 1/2 a 1/2 a 1/2 Br., Juli-August 45 1/2 a 46 Br. — **Sch.** loco pr. 1750 Pfd. 20 — 44 Rk. nach Qual. — **Häfer** loco pr. 1200 Pfd. 22 — 27 Rk. nach Qual. — **Waggen** loco pr. diesen Monat —, April-Mai 24 1/2 a 1/2 Br., Mai-Juni 25 1/2 Br., Juni-Juli 25 1/2 Br., Juli-August 25 1/2 a 26 Br. — **Erbsen** pr. 2250 Pfd. **Rothweizen** 50 — 55 Rk. nach Qual., **Winterweizen** 42 — 47 Rk. nach Qual. — **Reis** loco 12 Rk. Br. — **Rübbi** loco pr. 100 Pfd. ohne Saß 14 Rk., per diesen Monat 13 1/2 a 1/2 Br., März-April do., April-Mai 13 1/2 a 1/2 Br., Mai-Juni 13 1/2 a 1/2 Br., Juni-Juli 13 1/2 a 1/2 Br., Juli-Aug. 13 Br., Sept.-Okt. 12 1/2 a 1/2 Br. — **Petro-leum raffia** (Standard white) pr. Cir. mit Saß: loco 8 1/2 Rk., per diesen Monat 8 1/2 Rk., März-April 7 1/2 Rk., April-Mai 7 1/2 Rk., Sept.-Okt. 7 1/2 Rk. — **Spiritus** pr. 8000 % loco ohne Saß 15 1/2 Rk. Br., loco mit Saß —, per diesen Monat 15 1/2 a 1/2 Br., u. Bd., März-April do., April-Mai do., Mai-Juni do., Juni-Juli 15 1/2 a 1/2 Br., u. Bd., Juli-August 15 1/2 a 1/2 Br., Aug.-Sept. 16 1/2 a 1/2 Br. — **Wehl.** **Reisweizen** Rk. 0 4 — 13 1/2 Rk., Rk. 0 u 13 1/2 — 3 1/2 Rk., **Waggenmehl** Rk. 0 3 1/2 — 3 1/2 Rk., Rk. 0 u 13 1/2 — 3 Rk. pr. Cir. unverändert. **Sch.** — **Waggenmehl** Rk. 0 u 1 pr. Cir. unverändert. **Sch.** pr. diesen Monat 3 Rk. 8 Sgr. Br., März-April 3 Rk. 6 1/2 Sgr. Br., April-Mai 3 Rk. 5 1/2 Sgr. Br., Mai-Juni 3 Rk. 5 1/2 Sgr. Br., Juni-Juli 3 Rk. 7 Sgr. Br.

Stettin, 23. März. [Amtlicher Bericht.] **Wetter:** gestern Abend Regen, Nacht Schnee, Morgens — 3° R., Mittags + 4° R., trübe. **Barometer:** 28. 10. **Wind:** SW. — **Waggen** loco mäßig. Termine behauptet

Verein junger Kaufleute.

Donnerstag den 26. d. M.,

Nachmittags 2 Uhr,

Vortrag des Herrn **Dr. Rohmann:**
König Friedrich I. von Preußen.

Americans.

All that take interest in forming an

American Sociable Club

are invited to meet on Sunday March the 27th., 10. A. M. in the office of

Max Baer,

Schul-Str. No. 11.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Johanna** mit dem Kaufmann Herrn **Ludwig Bruck** aus Breslau zeigt hierdurch ergebenst an Posen, den 22. März 1870.

Wwe. S. Alexander.

Johanna Alexander,

Ludwig Bruck,

Posen. Verlobte Breslau.

Als Verlobte empfehlen sich:

Eina Levi,

Selig Hermann.

Ramisch. Landsberg a/W.

Allen denen unseren herzlichsten Dank, welche gestern unserer geliebten Tochter **Emma** zur letzten Ruhestätte begleitet.

M. Schultze nebst Frau.

Saison-Theater in Posen.

Donnerstag den 24. März. Auf vieles Verlangen: **Auf eigenen Füßen.** Pöffe mit Gesang in 6 Bildern v. E. Pöhl u. S. Wilken. Musik von Conradi. Mit neuen Couplets. Im fünften Bilde zum achten Male: Der Dreiwilige im Examen.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 25. März. Bei aufgehobenem Abonnement. Sechstes Gastspiel des königl. Hofkapellmeisters Herrn **Ferd. Dessoir.** **Rosa und Rosita.** Lustspiel in 2 Akten von Dr. Aug. Köster. — Hierauf auf Verlangen zum 2. Male: **Ein Berliner in Wien.** Pöffe mit Gesang in 1 Akt von A. Ronger und D. Kalisch. Musik von A. Conradi. — Zum Schluss auf sehr vieles Verlangen zum 3. und letzten Male: **Aus Liebe zur Kunst.** Schwank mit Gesang in 1 Akt von Moser. Musik von Conradi.

Volksgarten-Saal.

Heute Donnerstag d. 24. März

Wandelbilder.

Imitirte Geister-Erscheinungen

(Phantasmagorien).

Entrée an der Kasse 5 Sgr. Tagesbillet 3 Sgr. — Anfang 7 Uhr.

Emil Tauber.

Nur auf kurze Zeit!

Heute, Freitag den 25. d. Mts., zum ersten Mal ist eine der genieteten Ebenen des oberländischen Kanals, eines der großartigsten Bauwerke unseres Jahrhunderts in einem technischen Kunstwerke und zwar durch die Ebene bei Buchwalde im 1/10 Maßstabe der natürlichen Größe, 28' lang, 12' breit, mit gangbarem Tiefwerk, durch Schiffe belebt, bei voller Wasserkraft im Salon des **Hrn. Lambert** hieselbst täglich von 5 bis 9 Uhr Nachm. für das geehrte Publikum zur Ansicht ausgestellt, wobei von Stunde zu Stunde eine fachliche Erklärung gegeben wird. Entrée 5 Sgr. Kinder die Hälfte. Um zahlreichen Besuch bittet

A. Stark.

Café Bellevue-Salon.

Jeden Abend um 8 1/2 Uhr

Gesangs-Concert.

